Sonntag, 7. März 1926. Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. 65. Jahrgang. Nr. 54.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Złoty bei der Geschäftsstelle 3.50, in den Ausgabestellen 3.70, durch Zeitungsboten 3.80, durch die Post 3.50 ausschl. Postgebühren, ins Ausland 6 Goldmark bei täglicher Versendung und 5 Goldmark bei 2 mal wöchentlicher Versendung.

Fernsprecher 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Briand und sein Kabinett gestürzt.

Bei der Beratung der Steuergesetze. — Schwere außenpolitische Komplikationen.

Paris, 6. März, 7 Uhr 55 früh. (R.) Das Kabinett Briand ist soeben im Verlauf der Beratung über die Steuergesetze gestürzt worden. Beim Titel „Zahlungssteuer“ beantragte der unabhängige Kommunist Ernest Laffont deren Zurückstellung. Briand stellte die Vertrauensfrage und ist bei der Abstimmung mit etwa 50 Stimmen in der Minderheit geblieben.

*

Heute, Sonnabend, früh, als das Parlament die Steuergesetze beriet, die noch vor der Abreise nach Genf erledigt werden sollten, ist Briand in die Enge getrieben worden, so daß er die Vertrauensfrage stellen mußte. Dabei blieb er mit seiner Vertrauensfrage um 50 Stimmen in der Minderheit, so daß also der sofortige Rücktritt zu erfolgen hat. Nähere Nachrichten, über die Umstände, die dazu geführt haben, liegen noch nicht vor. Wir müssen darum die weiteren Berichte abwarten.

Das eine dürfte klar sein: in der gegenwärtigen Stunde, 94 Stunden vor der Tagung des Völkerbundes, bedeutet dieser Rücktritt eine außerordentliche Erschwerung der außenpolitischen Situation. Briand, der bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zugegen sein will, wird dadurch vor schwierige Fragen gestellt. Wenn er auch im Augenblick die Geschäfte provisorisch weiter führen muß, so schafft das doch für ein Kabinett, dem das Vertrauen des Parlaments fehlt, eine sehr komplizierte Lage von hoher außenpolitischer und schwerer innenpolitischer Auswirkung. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Lage im Laufe des heutigen Tages entwickelt. In den Morgenstunden, da dies Telegramm eingeht, ist eine so aufsehenerregende Situation geschaffen, wie wir sie in den letzten Jahren kaum in ähnlicher Form besessen haben.

Daß der Rücktritt Briands auf Genf und den Völkerbund große moralische Bedeutung ausüben wird, ist so gut wie ausgeschlossen, weil es sich hier um einen Sturz handelt, der rein innenpolitischen Komplikationen entspringt. Es gibt heute in Frankreich kein Kabinett mehr, das eine andere Politik treiben dürfte, als sie Briand eingeleitet hat, zumal doch auch das französische Parlament inzwischen die Locarnoverträge ratifizierte. In Genf selbst wird dieser Rücktritt von ziemlich geringer politischer Bedeutung sein. Nur formell könnten neue Auslegungen entstehen, die in der Innenpolitik Frankreichs ihren Urgrund haben. Auf die Tagung des Völkerbundes wird dadurch keine bedeutsame Änderung ausgeübt.

Zur Demission Briands.

Paris, 6. März. (R.) Nachdem Briand gegen die Vertagung der Beratung über die Zahlungssteuer die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde namentlich abgestimmt. Die Vertagung wurde mit 274 gegen 221 Stimmen beschlossen. Das Kabinett ist also mit 54 Stimmen in der Minderheit geblieben. Als Briand mit den Ministern den Sitzungssaal verließ, erklärte er, daß er dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überbringen werde und nicht nach Genf gehe.

Der Rücktritt Briands.

Paris, 6. März. (R.) Bei der Abstimmung über den Antrag Lafont stimmten die Sozialisten und die Kommunisten geschlossen gegen die Regierung. Die Radikalen und die sozialistischen Republikaner stimmten für das Kabinett, ebenso die radikale Linke. Die Linksrepublikaner haben sich getrennt, während die Rechte einschließlich der Fraktion L. Marin gegen die Regierung stimmte. Da die Abstimmung zweifelhaft war, wurde eine Auszählung notwendig. Um 6 Uhr 50 Min. verkündete der Vizepräsident der Kammer das Abstimmungsergebnis. Der Antrag Lafont wurde, wie bereits berichtet, mit 277 gegen 221 Stimmen angenommen. Hierauf erhoben sich die Radikalen und die Mitglieder der Mittelparteien und riefen: „Es lebe Briand!“ Briand erhob sich und verließ unter dem Beifall der Linken und der Mittelparteien mit sämtlichen anwesenden Ministern den Saal. Die Sitzung wurde um 6 Uhr 55 geschlossen.

Briand fährt doch nach Genf.

Paris, 6. März. Wie „Havas“ meldet, wird Briand heute abend doch nach Genf abreisen.

Die Mißstimmung.

Eine Rede Millerands. — Schwere Angriffe gegen den Linksblock.

Paris, 6. März. (R.) Millerand hatte gestern abend in der Champagne für die Wahl des zweiten Pariser Wahlkreises eine Rede gehalten in der er in der schärfsten Weise das Kartell der Linken angriff. Dieses Kartell sei nur infolge lügnerischer Versicherungen und Versprechungen zur Macht gekommen Es habe alles versprochen und nichts gehalten. Der Vertrag von Locarno sei lediglich die Konsequenz des Völkerbundes. In dem Augenblick, in dem Deutschland in den Völkerbund eintrete, entstände die Frage, ob Frankreichs Vertreter alles, was in ihrer Macht lag, getan hätten, damit die Interessen der besten Freunde Frankreichs ebenso garantiert würden, wie die der ehemaligen Feinde. Millerand unterzog dann die Finanzpolitik des Kartells einer scharfen Kritik und erklärte: Seitdem das Kartell die Macht ergriffen habe, habe das französische Nationalvermögen mehr als 60 Milliarden verloren.

Vor Zusammentritt des Völkerbundes.

London, 6. März. (R.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Infolge des Wunsches der Dominions nach Informationen über die Absichten der Londoner Delegierten, sowie ihre eigene Stellung im Falle einer Änderung in der Verfassung des Völkerbundes werde die erste Sorge Chamberlains und Lord Cecils bei ihrer Ankunft in der Schweiz sein, eine Konferenz mit den Delegierten der Dominions abzuhalten. Der Korrespondent bemerkt weiter: Der Druck, der auf Belgien von einigen seiner Freunde ausgeübt werde, habe sich als zu stark für Vandervelde erwiesen, der jetzt die polnische Kandidatur unterstütze, während er zugleich beanspruche, daß Belgien selbst im Völkerbundsrat bleiben solle. Dem Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge soll Polen sich jetzt bereit erklärt haben, **bis zum nächsten September mit der Verwirklichung seiner Forderungen zu warten. Es werde dann einen nichtständigen Sitz im Rate erhalten.**

Zum Besuch des deutschen Botschafters bei Chamberlain.

London, 6. März. (R.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Chamberlains gestrige Bezugnahme auf den Besuch des deutschen Botschafters sei nicht ganz richtig gewesen. Weit davon entfernt, um eine Konferenz nachzusuchen, habe die deutsche Regierung auf einen Vorschlag Chamberlains selbst geantwortet und an die Annahme der Einladung mit die Bedingung geknüpft, daß von ihr kein Zugeständnis in der Frage der Ratssitze an andere Nationen erwartet werden dürfte.

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß der deutsche Botschafter bei seinem gestrigen Besuch bei Chamberlain, der in auswärtigen diplomatischen Kreisen großes Interesse erregt habe, mitgeteilt habe, daß die deutschen Minister bereit seien, in Genf an einer Konferenz der hauptsächlichen alliierten Delegierten am Vorabend der Eröffnung der Völkerbundsverhandlungen teilzunehmen. daß die deutschen **Minister jedoch nicht in der Lage sein würden, in irgend einer Beziehung von ihrem bereits definierten Standpunkt abzuweichen.**

Die Stimmung in England.

Und wieder ist Berlin schuld. — „Alle Argumente erschöpft.“

Der „Kurjer Warszawski“ bringt folgende Depesche aus Paris: Die letzten Nachrichten aus London sind nicht erfreulich. Nach dem Zeugnis der besten Kenner der englischen Politik gab es dort noch niemals solche antipolnischen Orgien, wie es jetzt der Fall ist. Man hat den Eindruck, als ob die Leitartikel der Londoner Presse in der Wilhelmstraße in Berlin redigiert wären. Die französischen Publizisten haben bereits alle Argumente erschöpft. Die französische Presse wartet also jetzt nur noch auf das Resultat der Genfer Versammlung. Selbst die rätselhafte Reise Scialojas nach Berlin wird zu unseren Ungunsten ausgelegt. Die letzte Version, die in politischen Kreisen am meisten kommentiert wird, ist die, daß während der Märzsession in Genf eine Kommission in Sachen der Aufnahme neuer ständiger Mitglieder gebildet werden wird, die ihren Bericht auf der Septembersession vorzulegen hätte.

Um das Budget Polens.

Die Sejmkommission für Haushaltsfragen hörte gestern den Bericht des Abg. Ostrowski von der Piastenpartei über die Tätigkeit der Obersten Staatskontrollkammer. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der die Oberste Kontrollkammer aufgefordert wird, ihren Bericht in zwei Teilen aufzustellen. Im ersten Teil soll von der Tätigkeit in dem betreffenden Berichtsjahr die Rede sein, während der zweite Teil den Bericht über die Durchführung des Budgets und die Rechnungsabschlüsse enthalten soll, die vom Jahre 1924 ab von der Regierung in den gesetzlichen Fristen vorgelegt werden. Die Kommission legte dann das Programm ihrer Arbeiten hinsichtlich der Reihenfolge der Referate über die einzelnen Teile des Budgets fest. Am kommenden Montag wird das Budget des Staatspräsidenten und ein Referat über die Emerituren, Invalidenrenten und Staatsschulden erörtert. Am Dienstag und an den kommenden Tagen werden nacheinander die Budgets des Innenministeriums, des Landwirtschaftsministeriums, des Eisenbahnministeriums und des Kriegsministeriums zur Erörterung kommen. In der nächsten Woche soll dann über die übrigen Positionen im Haushaltsvoranschlag beraten werden, wobei die Beendigung der zweiten Lesung des ganzen Budgets vorgesehen ist.

Gegen den Westmarkenverein.

Ein ehem. Präses spricht.

In der „Polonia“ sind unter der Überschrift: „Wahre Worte über den Z. O. K. Z. in Kattowitz“ nachstehende Ausführungen eines gewissen Stanisław Krzyżowski zu lesen: „Als Mitglied und Präses des Westmarkenvereins kann ich mit der gegenwärtigen Taktik der Leiter dieser Organisation gegenüber den Mitgliedern und den Behörden nicht einverstanden erklären. In den letzten Monaten wurden Mitglieder aufgenommen, welche noch nach dem Kriege die erbittertsten Feinde des Polentums waren und jetzt den Westmarkenverein als Maske für ihre verräterische Arbeit benutzen. Die Zugehörigkeit zum Westmarkenverein ist noch lange nicht der Beweis dafür, daß man das Patent für einen guten, überzeugten Polen besitzt; Persönlichkeiten dagegen, welche schon seit mehr als 15 Jahren ihr Polentum offen bekannt haben, wo noch an keinen Westmarkenverein zu denken war, wird durch die Schmutzpresse, den „Goniec“ und die „Zachodnia Polska“ Mangel an polnischer Gesinnung vorgeworfen. Gegenüber solchen Ausfällen wird sich jeder anständig denkende Pole der Mitarbeit an diesem Verein enthalten. Schlesien ist ein viel zu wertvoller Teil Polens, um für Experimente verschiedener unerfahrener junger Leute zu dienen. (Der Leiter der Westmarkenzentrale in Kattowitz ist ein verhältnismäßig junger Mensch.) Die Attacken in den letzten Wochen gegen die polnischen Behörden seitens des Westmarkenvereins sind gerade in der jetzigen Zeit, wo wir so notwendig Autorität brauchen, als Verrat der eigenen nationalen Interessen zu bezeichnen. Man kann daher zu dieser Organisation kein Vertrauen haben, wenn sie die eigenen Behörden attackiert und die eigenen Leute angreift und sie in den Schmutz zerrt.“

Soweit die Ausführungen dieses überzeugten Polen und ehemaligen Präses des Westmarkenvereins. Das Bedauerliche dabei ist, daß trotz der Abkehr so vieler vernünftig denkenden Polen es der Westmarkenverein zustande gebracht hat, daß seine Attacken gegen die Behörden **den Erfolg hatten, daß der Wojewode abberufen wurde.**

Im gelben Hexenkessel.

In meinem an dieser Stelle vor zwei und einhalb Monaten erschienenen Aufsatze „Chinas Zerfall“, habe ich vorausgesagt, daß Japans politischer Strohmann, der Statthalter der Mandschurei, Tschang-Tso-Linj, in allernächster Zukunft ein souveränes Reich errichten werde. Vor wenigen Tagen brachte uns der Telegraph die Nachricht, daß dieser Häuptling der chinesischen Soldateska im Nord-Osten Chinas tatsächlich einen großen Schritt weiter auf diesem Wege gegangen ist: die drei ihm untertanen Provinzen wurden von ihm als „Autonome Einheit“ mit der Hauptstadt in Mukden proklamiert, und alle von der früheren Pekinger Zentrale vor dem 22. Dezember 1925 in Bezug auf die Mandschurei unterzeichneten Verträge mit dem Auslande für null und nichtig erklärt.

Da dicht vor dem obengenannten Termin die geldbedürftigen Herren von der Pekinger Scheinregierung unter dem klingenden Einfluß des Sowjetgesandten Karachan beinahe einen Schutz- und Trutzvertrag zwischen Moskau und dem sich sichtlich bolschewisierenden China geschlossen haben, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der letzte Schritt Tschangs einen Faustschlag ins Gesicht der Sowjets bedeutet. Die Regierung Mikados, die ebenfalls mit der Hochflut des Sozialismus bei sich in Japan zu schaffen hat, errichtet zwischen dem Baikal und den Gestaden des Stillen Ozeans einen Militärstaat als Bollwerk gegen die monarchiefeindliche Rote Internationale. Mehrere Zehntausende von russischen Emigranten zum größten Teil schiffbrüchige Offiziere der ehemaligen sibirischen „Weißen Armee“ Kolltschaks, beeinflussen in starkem Maße die maßgebenden Kreise am Tokioer Hofe und stellen dem Abenteurer Tschang tüchtige, europäisch geschulte Generalstäbler, Finanzräte, Rechtsgelehrte und diplomatische Hilfskräfte. 20 Millionen Chinesen und etliche Hunderttausende von Mandschus, Mongolen, Dahuren und Orontschonen, welche insgesamt die Bevölkerung der drei Provinzen der „Autonomen Einheit Mandschurei“ ausmachen, liefern Soldatenmaterial, das keinesfalls als schlecht bezeichnet werden darf. Das nötige Kleingeld wird vermittels Kontributionen aus der friedlichen Bevölkerung herausgepreßt und wie üblich — zu 30 bis 75 Prozent im Jahre — bei ausländischen Bankiers geborgt. An erster Stelle bei der Emissionsbank eines japanischen Wucherer-Konsortiums aus Oosaka (Zentraljapan), die seit 1907 mit ihren Netzen schon die ganze südliche Hälfte der Mandschurei umgarnt hat, und bei der im Fernen Osten alle Geschäfte überwachenden britischen Bank „Shanghai-Honkong-Corporation“.

Die politische Rückendeckung bildet 1. die in Korea, in Port Arthur, in Talien-Wanj, entlang der Eisenbahnlinie bis dicht vor Kharbin (Station Tschang-Tschunj oder Kuang-Tschen-Tsü) stationierte japanische Wehrmacht und 2. der in der Mandschurei heute allmächtige Generalkonsul S. M. des Kaisers von Japan.

Der Embryo des neumandschurischen Königreiches (es ist in Wirklichkeit ein reiner Chinesenstaat, nur der althergebrachte Volksname, der heute im Aussterben begriffenen Mandschus, ist nicht chinesisch) hat sicherlich alle zur günstigen Fortentwicklung nötigen Elemente inne, und er besitzt, abgesehen von der Sowjetgrenze, auch recht günstige natürliche Grenzen. Der unermeßliche Ozean der mongolischen Nomadensteppe bildet im Westen eine sichere Scheidewand, und nur ein sehr enger Thermopylenpaß am Petschili-Meerbusen — dort, wo sich diesem die Große Chinesenmauer nähert und die Festung Schanghai-Guanj (nicht mit der Welthandelsstadt Schanghai am Yangtse zu verwechseln!) Wache hält — verbindet den engen Streifen der Meeresküste der drei mandschurischen Provinzen mit den 15 Provinzen des eigentlichen Chinas.

Seit vollen fünfzehn Jahren, nachdem der unmündige Sproß der alten mandschurischen Bogdokhanen-Dynastie der „Dai-Tsin“, Namens Pu-Ji, von dem Republikbegründer Kanzler Yüenj-Schi-Kaj (1910) vom Throne der Himmelssöhne herabgesetzt worden ist, tobt im eigentlichen China — das einen Weltteil für sich mit seinen etlichen Dutzenden von Völkern und insgesamt ca. 350 Millionen Menschen bildet — ein ununterbrochener Kampf aller gegen alle. China lebt erst heute sein Zeitalter der Wallensteins und der Reformationskriege aus. Und in derselben Weise wie seinerzeit (1530) ein abseits vom Strudel gelegenes Preußen sich vor den Schreckenszeiten des Dreißigjährigen Krieges zu retten vermochte, indem es sich als eine vom Deutschen Reiche autonome Einheit an die benachbarte Fremdmacht angelehnt hatte, so versuchen heute auch die Chinesen des mandschurischen Nordostens sich vom Chaos der großen Reformation, die in den Becken des Gelben und des Blauen Flusses wütet, abzugrenzen.

Ob Tschang, vor wenigen Jahren noch ein simpler Straßenräuber, zielbewußt den Weg der ersten Hohenzollern zu gehen imstande wäre, ist mehr als fraglich. Zur Zeit begnügt er sich damit, inmitten seiner Offiziere und Untertanen unter der Hand das Gerücht zu verbreiten, er beabsichtige nichts anderes, als dem rechtmäßigen Erben der Bogdokhanen-

krone Pu-Ji (der in der Zwischenzeit in Amerika seine Universitätsstudien betreibt) wieder zum Throne zu verhelfen. Die Legitimisten sind nämlich in Mukden, das volle zwei Jahrhunderte lang lediglich von dem Prunke der von dort herstammenden Kaiser lebte, sehr zahlreich vertreten. Aber auch im eigentlichen China, besonders unter der konfuzianisch rechtgläubigen Landbevölkerung, in deren Augen die Nation in derselben Weise vom alleinherrschenden Vater wie eine einzelne Familie regiert werden soll, ist der Restaurierungsgedanke der Monarchie wach. Der neulich in Hankau ermordete Feldmarschall **Wu-Pei-Fu** war ein populärer Träger dieser politischen Richtung. Wie vor fünf bis sechs Jahren im revolutionierten Rußland die Generale Denikin, Kolltschak, Judenitsch und Wrangel, so schrieb auch dieser Chinesenpatriot auf seine Banner die Losung: „Das innerlich einheitliche und unzerstückelbare Vaterland“, ohne zu wagen, sich klar und deutlich über die kommende (monarchistische) Staatsverfassung auszudrücken. Seine blutigen Kämpfe mit Tschang im vorigen Jahre bezweckten in erster Reihe die Zurückgewinnung des an die Japaner und an die Russen bereits seit dem Boxeraufstande von 1900 verloren gegangenen Nord-Ostens. Dieser Plan ist dem beherzten Wu-Pei-Fu mißlungen, — er erlitt von den kriegstüchtigeren Truppen Tschangs mehrere Niederlagen, verlor dadurch viel an Popularität und mußte mit seinem Besieger notgedrungen ein Bündnis schließen, dessen Spitze sich gegen die von Karachan besoldete Pekinger Zentralregierung und zugleich auch gegen die Kommunisten im Süden des Reiches richtete. Wer den gefährlichen Feind der China-Sowjets nach der üblichen Asiatenart ins Jenseits befördert hat, das wissen wir noch nicht; doch mehr als wahrscheinlich ist es, daß irgend ein Jünger Lenins und Marx'ens (die Schriften beider sind bereits ins Chinesische verdolmetscht worden) den Nationalhelden des sich aufzuraffen versuchenden Alt-Chinas aus dem Wege geschaffen hat. Der Tod Wu-Pei-Fu's ist für alle Aussichten, in China in absehbarer Zeit die Ordnung wiederherzustellen, ein harter Schlag, er muß die weitere Steigerung der Anarchie unter den 350 Millionen der Gelbhäute nach sich ziehen. Daß unter solchen Umständen Tschang die Isolierung seines Machtgebietes in beschleunigtem Tempo durchzusetzen sucht, ist nur begreiflich.

Dr. von Behrens.

Gegen die Sejmauflösung.

Der Ruf nach neuen Vollmachten.

Der „Czas“ bringt in seiner Nr. 52 vom Freitag, 5. März, folgenden Artikel:

„Der Abgeordnete Witos kündigt in einer Journalistenunterredung an, daß seine Partei jetzt die Auflösung des Sejm und des Senats und die Ausschreibung von Neuwahlen „vielleicht zum Herbst oder auch früher“ verlangen werde. Der Parteivorstand der Piasten soll dabei die Frage erwägen, ob man nicht zuvor die Wahlordnung ändern sollte. Da sich für diesen Antrag zweifellos die radikalen Bauernparteien, die Wyzwolenie und Abgeordnete der Minderheiten (Ukrainer) und wer weiß, ob nicht auch noch andere Parteien erklären werden, gewinnt die Ankündigung des Abgeordneten Witos ernste Bedeutung. Der Anlaß, der ihn zu diesem Schritt bewegt, ist sicherlich der Unglaube daran, daß dieser Sejm und dieser Senat den polnischen Staat aus der verzweifelten Lage befreien können. Die Sejmmehrheit, die man mit großer Mühe zusammenleimte, ist sehr mürbe. Es ist kein Programm vorhanden, und jeder positive Besserungsgedanke droht mit ihrem Zusammenbruch. Die Schwierigkeiten werden „gekleistert“, wie sich der Abgeordnete Witos ausdrückt, aber man erledigt sie nicht. Namentlich die Aussichten für Durchführung der wirtschaftlichen Sanierung, die der Zentralpunkt der Lage ist, sind sehr gering. Inzwischen aber wirkt die Zeit zugunsten des Kommunismus, dessen Einfluß in den Industriezentren, in den Städten, im Heer und auf dem Lande wächst. Besonders jetzt nach der Rückkehr des Abg. Bryl aus Moskau, wohin er nicht umsonst gefahren ist, muß mit einer beschleunigten kommunistischen Aktion auf dem Lande gerechnet werden. Freilich sind wir glücklicherweise noch weit davon entfernt, daß der Kommunismus schon aktiv in Erscheinung treten könnte, aber wer weiß, wie es nach einem halben Jahre oder nach einem Jahre sein wird, wenn der gegenwärtige Sejm noch lange „arbeiten“ wird. So ist sicherlich der Gedankengang des Abgeordneten Witos, wenn wir uns in den Versuch, ihn wiederzugeben, nicht irren. Es liegen ernste Gründe dafür vor, denen man aber zumindest ebenso ernste Gründe gegenüberstellen kann.

Eine Beschleunigung der Wahlen könnte nur durch eine Auflösung des Sejm und des Senats herbeigeführt werden, was natürlich sehr schwer ist, da der Artikel 26 der Verfassung entweder einen eigenen Sejmbeschluß (zwei Drittel der Stimmen) oder die Zustimmung von drei Vierteln der Mitglieder des Senats als Grundlage für die Entscheidung des Staatspräsidenten verlangt. Nehmen wir an, der Antrag der Piasten erlangt jene zwei Drittel bzw. drei Viertel der Stimmen in einer der gesetzgebenden Körperschaften, — was wird dann weiter? Man wird vor allen Dingen eine neue Wahlordnung beschließen müssen. Die gegenwärtige, „die dümmste der Welt“, wie sie kein anderer als der Marschall Trampczyński genannt hat, würde bei Neuwahlen so horrendale Ergebnisse zeitigen, daß man schwerlich Neuwahlen auf dieser Grundlage raten könnte. Wenn sich die Parteien einigten und eine andere vernünftige Wahlordnung beschlössen, wäre es anders. Aber dafür sind keine Aussichten vorhanden. Keine Partei hat in dieser Hinsicht einen ausführlichen Plan. Auch die Regierung hat keinen. Die Vorbereitungsarbeiten sind vor einem Jahre vom vorigen Kabinett begonnen worden, aber sie sind ins Wasser gefallen. Wieviel Wasser wird noch die Weichsel hinabfließen, bevor die Parteien eine neue Wahlordnung ausgearbeitet und im Sejm und Senat durchgebracht haben werden.

Bis zum Herbst werden sie es auf keinen Fall tun. Übrigens werden Wahlen auf der Grundlage einer besseren Wahlordnung in der Atmosphäre der Not und der Erschöpfung der Lebenskräfte immer schlecht ausfallen. Sie werden dann ein Entwicklungsherd für den äußersten Radikalismus sein. Ganz anders würden sie ausfallen — unserer Meinung nach weit günstiger —, wenn sie in einer Atmosphäre durchgeführter oder wirklich begonnener Sanierung stattfänden. Zum Beispiel nach der Erlangung einer Auslandsanleihe, nach dem Zustrom fremder Kapitalien nach der Bank Polski und nach der wirklichen Festlegung des Złotywertes. Das alles kann vor Jahresschluß nicht eintreten, besonders bei dem heutigen gemächlichen Verfahren, in dem die Sachen erledigt werden. Deshalb erscheint es uns richtiger, wenn Regierung und Parteien die Sanierung beschleunigen. Dazu soll das Frühjahr und der Sommer verwandt werden. Wenn man findet, daß der Sejm und seine Parteien zu so beschleunigter Arbeit überhaupt nicht fähig sind, dann mag man einen anderen konstitutionellen Weg zur Ausführung finden. Haben wir doch Beispiele in dieser Hinsicht in den Vollmachten des Herrn Władysław Grabski. Und dann erst, wenn die Sanierung sich auf gutem Wege befinden und die Reform der Wahlordnung reif sein wird, wird die Zeit der Neuwahlen gekommen sein. Dringender ist jene Arbeit, nicht die Neuwahlen. Der Abgeordnete Witos kennt den Sejm sehr gut und kennt die Stimmung der polnischen Kleinbauern. Über den Sejm muß er eine verzweifelte Meinung haben, und für das Dorf muß er fürchten. Wenn er seinen sehr großen Einfluß im Staate in die Wagschale der Ereignisse werfen würde, dann könnten wir bei angemessener Änderung der Wahlordnung einen himmelweit besseren Sejm und Senat haben und die Stimmung auf dem Lande wäre nach einer energisch durchgeführten Sanierung weniger schillernd. Von ihm hängt auch in hohem Maße ab, ob wir nicht in unberechenbarer Finsternis zu tappen brauchen, die bei verfrüht angeordneten Neuwahlen hereinbrechen würde. Von ihm hängt das in hohem Maße ab.“

Rede des Abgeordneten Artur Kronig

zur Novelle zum Mieterschutzgesetz vom 11. April 1924

In der Sejmsitzung vom 27. Februar ergriff Abg. Kronig das Wort zum Bericht der Rechtskommission über die Novelle zum Mieterschutzgesetz. Abg. Kronig führte folgendes aus:

„Hoher Sejm! Als im Jahre 1924 mit der Mehrheit der Stimmen dieses Hauses das neue Gesetz über den Mieterschutz beschlossen wurde und die Mehrheit alle Verbesserungsanträge der Arbeiterparteien ablehnte, war es klar, daß dieses Gesetz für breite Schichten der Bevölkerung eine schwere Last bedeuten wird. Das Gesetz zwingt die Arbeiter, zwingt die arbeitende Intelligenz zur Zahlung einer immer höheren Miete, ohne zu berücksichtigen, daß die Verdienste dieser Schichten keine Erhöhung erfahren haben und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage auch nicht erfahren konnten. Nur in bezug auf die staatlichen Angestellten wurden die richtigen Konsequenzen aus der Erhöhung der Miete gezogen, indem man eine Wohnungszulage einführte, die übrigens auch ungenügend ist. Die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung aber befand sich gleich nach der Einführung des neuen Gesetzes in einer schlechteren Lage, da ihr Lasten auferlegt wurden, ohne daß sie die Möglichkeit bekamen, diese durch Erhöhung ihrer Einnahmen zu decken.

Kein Wunder daher, daß die Wirkung des neuen Gesetzes und die damit verbundene ständige Erhöhung der Miete eine Unzufriedenheit unter den breiten Schichten des werktätigen Volkes hervorgerufen hat, das die neuen Bestimmungen als Benachteiligung und Ungerechtigkeit empfindet

Die Wirtschaftskrise hat die den arbeitenden Massen durch das neue Gesetz zugefügte Schädigung klar zutage treten lassen. Der Stillstand in unserer Industrie führt dazu, daß wir annähernd 400 000 registrierte Arbeitslose haben. Bedeutend größer ist die Zahl derer, die, in ihrer Existenz von Industrie und Handel abhängig, die Verdienstmöglichkeit entweder ganz verloren haben oder aber auf bedeutend geringere Einnahmen angewiesen sind und das zum ärmlichen Unterhalt der Familie notwendige Geld mit großen Schwierigkeiten auftreiben können. Die Arbeiter, die arbeitende Intelligenz, die Handwerker, die kleinen Kaufleute — alle brechen heute unter der Last der Krise zusammen und sind gezwungen, unausgesetzt zu kämpfen, schon nicht mehr um die Erhaltung ihrer Lebensstufe, sondern um die nackte Existenz. Woher sollen diese Schichten bei dieser schweren und traurigen Lage, in die die Wirtschaftskrise das ganze Land gestürzt hat, das Geld nehmen, um die vierteljährlich stets steigende Miete zu bezahlen? Woher sollen sie die Mittel zur Bezahlung der häuslichen Leistungen nehmen, die dank dem großen Appetit der Hausbesitzer bedeutende Summen ausmachen? Woher sollen sie endlich das Geld nehmen, um die staatliche und kommunale Wohnungssteuer zu bezahlen? Es ist verständlich, daß angesichts einer solchen Lage der Dinge Millionen Stimmen der Mieter im Lande schon längst eine Abänderung dieses ungerechten Gesetzes verlangen. Ist es denn gerecht, daß in einer Zeit, wo Hunderttausende von Leuten ihrer Verdienste gänzlich beraubt sind, und die Einnahmen von Millionen Staatsbürgern sich immer mehr verringern, daß in einer solchen Zeit eine geringe Schicht der Bevölkerung, die Hausbesitzer, allein den Vorzug haben soll, daß ihr Profit sich systematisch vergrößert? Millionen leiden und rufen nach Brot und Arbeit, während einige tausend Hausbesitzer eine privilegierte Kaste bilden, denen das Gesetz erlaubt, von den ausgebeuteten und verelendeten Mietern Gewinne zu ziehen! Ein solcher Zustand ist unmoralisch, denn in einer Zeit, in der das ganze Volk leidet, ist es richtig, daß auch diese privilegierte Kaste der Hausbesitzer auf einen Teil ihrer Gewinne verzichtet und in Berücksichtigung dieses schweren Augenblicks zugunsten der leidenden Allgemeinheit opfert.

Aus diesen Gründen spreche ich mich als Fürsprecher der werktätigen deutschen Bevölkerung in Polen, im Namen der Abgeordneten der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei, für eine Änderung des bestehenden Mieterschutzgesetzes aus, eine Änderung in der Richtung einer Verminderung der Lasten, die heute auf die Mieter fallen.

Wenn der hohe Sejm endlich heute nach langen Kämpfen in der Rechtskommission vor der Aufgabe der Abänderung des Mieterschutzgesetzes steht, muß man sich die Frage vorlegen, ob der von der Kommissionsmehrheit beschlossene Entwurf einer Novelle zum Mieterschutzgesetz den Erfordernissen der Zeit und den Bedürfnissen der breiten Massen entspricht. Auf diese Frage antworte ich verneinend. Der Entwurf beseitigt nicht das Unrecht an den Mietern und befriedigt deren Bedürfnisse in der heutigen Zeit nicht. Eine Unterbrechung des Anwachsens der Prozentsätze für die Miete wird nur für eine Kategorie der Wohnungen vorgesehen, und das nur für einen sehr kurzen Zeitabschnitt. Von den Folgen der heutigen Krise sind jedoch so zahlreiche Kreise betroffen, daß eine Berücksichtigung der Lage auch der anderen Kategorie der Mieter notwendig erscheint. Wir werden daher im Sinne der bereits eingebrachten Minderheitsanträge die Aufhaltung der Mietssteigerungen überhaupt fordern, eventuell für Wohnungen bis zu drei Zimmern einschließlich.

Gleichzeitig muß bemerkt werden, daß der vorgelegte Entwurf einseitig ist, da er nur von einer Kategorie der Hausbesitzer Opfer erfordert, und zwar von denjenigen Hausbesitzern, die Einzimmerwohnungen besitzen. Es sind dies hauptsächlich, besonders aber in den kleinen Städten der Provinz, schlechter gestellte Hausbesitzer, die ein kleines Haus besitzen, welches sie für ihr schwer erarbeitetes Geld gebaut oder gekauft haben. Diese Kategorie der Hausbesitzer wird nach dem vorgelegten Entwurf keine Mietssteigerungen mehr vornehmen dürfen, während die reicheren Hausbesitzer, die größere Wohnungen vermieten, weiterhin die Möglichkeit großer Gewinne haben sollen. Es wäre billig und recht, alle Hausbesitzer gleichmäßig zu behandeln und die Aufhaltung der Mietssteigerungen für alle Wohnungen durchzuführen. Auf jeden Fall aber muß daran gedacht werden, den kleineren Hausbesitzern im Zusammenhang mit der Einstellung der Mietserhöhungen die Steuerlasten zu erleichtern, da sie anderenfalls nicht in der Lage sein werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Auch wird in dem Entwurf die wirtschaftliche Lage der Mieter nicht in genügendem Maße berücksichtigt, da er die Möglichkeit einer Exmission infolge der Nichtbezahlung der Miete nicht beseitigt. In dieser Beziehung unterstütze ich den Antrag des Kollegen Sommerstein, der den Artikel 11 des Gesetzes in der Richtung hin abändert, daß die Rückständigkeit in der Mietszahlung keinen wichtigen Grund für die Kündigung finden darf, wenn die wirtschaftliche Lage des Mieters eine Bezahlung der Miete im vorgeschriebenen Termin unmöglich macht.

Im Zusammenhang mit dem Mieterschutzgesetz möchte ich bemerken, daß der Justizminister eine größere Aufmerksamkeit auf die Gerichtsbarkeit in Mietsangelegenheiten richten müßte. Die Gerichte begünstigen sehr oft die Hausbesitzer zu ungunsten der Mieter und ordnen aus geringfügigen Ursachen oft die Exmission an. Dem muß ein Ende bereitet werden, denn den Schutz braucht in erster Linie der Mieter, nicht aber der Hausbesitzer, der als der wirtschaftlich Stärkere leider immer die Möglichkeit hat, den Mieter zu schikanieren.

Zum Schluß will ich die Aufmerksamkeit auf die allerwichtigste Angelegenheit lenken, die aber von allen unseren Regierungen nicht genügend gewürdigt worden ist, nämlich auf den

Bau von neuen Wohnhäusern.

Die Wohnungsnot im Lande wächst, die Bevölkerung vermehrt sich, die Angelegenheit des Wohnungsbaues aber befindet sich immer noch auf dem toten Punkt. Trotz mehrfacher Aufforderungen von seiten des Sejm, trotz des beschlossenen Gesetzes über den Ausbau der Städte hat sich keine von unseren Regierungen dazu aufgeschwungen, eine Aktion für den Bau von Wohnhäusern im großen Stil in die Wege zu leiten, ja man hat nicht einmal einen Plan hierfür ausgearbeitet. Schauen wir auf die anderen Länder. Dort ist nach dem Kriege eine große Anzahl neuer Wohnhäuser entstanden, wie zum Beispiel in Deutschland und Österreich, während bei uns von einer Bautätigkeit sehr wenig zu merken ist. In Deutschland wurden große Kredite für den Bau von Wohnhäusern bereitgestellt, da man darin sehr richtig ein Mittel erblickt, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Bei uns wurde die ganze vorjährige Bausaison versäumt, genau so wie man die Gelegenheit hat vorübergehen lassen, während der Inflationszeit eine großzügige Bautätigkeit zu entfalten, wie dies in anderen Ländern der Fall war. Meiner Ansicht nach müßten alle Kräfte in dieser Richtung hin angespannt werden, da eine Belebung der Bautätigkeit nicht nur die Wohnungsnot lindern, sondern auch in bedeutendem Maße zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen würde. In diesem Sinne schlage ich nachstehende Resolution vor, die ich anzunehmen bitte:

„Der Sejm fordert die Regierung auf, unverzüglich einen Plan für den Bau von Wohnhäusern im ganzen Lande auszuarbeiten und die entsprechenden Kredite für diesen Zweck bereitzustellen, sowie die Bauaktion schleunigst zu beginnen.“

Hetze und Behauptung.

Wie Lügen gemacht werden.

Die Presse Deutsch-Oberschlesiens beschäftigt sich, wie die „Kattowitzer Zeitung“ berichtet, ausführlich mit einer zuerst im „Polak“ erschienenen und von dort in den Beuthener „Katolik“ übernommenen Nachricht, in der behauptet wurde, das Polizeiamt Hindenburg habe an „die“ polnischen Optanten in Deutsch-Oberschlesien Ausweisungsbefehle versandt. Ein an einen Schlosser in Hindenburg gerichtetes derartiges Schreiben wurde im Wortlaut abgedruckt und daran wurden im „Polak“ folgende Bemerkungen geknüpft:

„Dadurch haben die deutschen Behörden das Genfer Abkommen gebrochen. Ein „oberschlesischer Bürger“, der für Polen optiert hat, darf auf Grund des Genfer Abkommens bis zum Jahre 1937 nicht ausgewiesen werden“.

Soweit hatte der Beuthener „Katolik“ die Nachricht übernommen. Im „Polak“ waren dazu noch folgende Ausführungen gemacht worden:

„Die Deutschen pfeifen auf Verträge. Was wird die polnische Behörde tun? Was sagt Herr Calonder dazu? Das Dokument zeugt von dem grenzenlosen Haß der Deutschen gegen die Polen. Während Ministerpräsident Skrzyński im Geist von Locarno den deutschen Optanten erlaubt hat, in Polen zu bleiben, weist die deutsche Polizei ohne Recht polnische Optanten aus. Wir fordern ein Eingreifen der Regierung. Möge die Regierung unser Volk in Schutz nehmen, wenn sie eine Selbstverteidigung vermeiden will. Denn wenn die Regierung nicht Ordnung schafft, wird das **Volk nicht gestatten, daß die Rechte seiner Brüder mit Füßen getreten werden. Fort mit den deutschen Optanten!**“

Die deutschoberschlesische Presse stellt fest, daß bis auf das Schreiben des Polizeiamtes Hindenburg alles, was in diesem Artikel behauptet wird, falsch ist. Die Art und Weise, wie der Ausweisungsbefehl von den genannten polnischen Blättern behandelt worden sei, sagen die Blätter, sei einer der vielen charakteristischen Beweise für die bedenkenlose und sachlich unbegründete Hetzerei und Verleumdung, die die polnischen Presse systematisch gegen alles Deutsche betreibe. Dann heißt es in einem der in den deutschoberschlesischen Zeitungen veröffentlichten Aufsätze weiter:

Zunächst sind solche Briefe nicht an „die“ polnischen Optanten versandt worden, sondern es handelt sich um einen Einzelfall, nämlich um die Ausweisung des Schlossers Chruszcz in Hindenburg, die verfügt worden ist, weil Chruszcz der öffentlichen Armenfürsorge anheimgefallen war. Es ist demnach nicht zutreffend, daß mit der Ausweisung das Genfer Abkommen „gebrochen“ worden sei. Dieses Abkommen gewährt zwar den Optanten in beiden Teilen Oberschlesiens das Wohnrecht bis 1937, läßt aber in besonderen Fällen die Möglichkeit der Ausweisung zu, von der die **polnischen Behörden deutschen Optanten gegenüber viel häufiger und unter meist unbegründeten Vorwänden Gebrauch machen.** Die Ausweisung des Chruszcz ist aus dem angegebenen Grunde nach **Artikel 44 des Genfer Abkommens** mit einer Frist von drei Wochen erfolgt. Inzwischen hatte das polnische Generalkonsulat in Beuthen gebeten, den Termin bis zur Erlangung einer Wohnung in Polen hinauszuschieben. Daraufhin hat der Regierungspräsident in Oppeln das Polizeipräsidium ersucht, die Durchführung der Ausweisung auszusetzen, **ist also sehr liberal verfahren.** Davon machen der „Polak“ und auch der in Deutschland erscheinende „Katolik“ **natürlich keine Mitteilung, weil das nicht in das Hetzsystem hineinpassen würde.** Die polnischen Blätter melden natürlich auch nicht, daß die polnischen Behörden viel häufiger deutsche Optanten ausweisen und auf Befragen nicht einmal Gründe angeben, wie sie in Art. 44 des Genfer Abkommens vorgesehen sind, sondern sich mit der Erklärung begnügen, der Ausgewiesene habe sich „**moralisch nicht einwandfrei geführt**“, ohne daß diese Behauptung begründet oder ihre Richtigkeit nachgewiesen wird.“

Diese sachlichen Feststellungen ergeben, daß die vom „Polak“ aufgestellten Behauptungen **vollkommen unzutreffend** sind, und daß vor allem aus der in diesem **Einzelfall** sachlich begründeten Anweisung eine **Verallgemeinerung gemacht wird,** indem behauptet wird, „die“ polnischen Optanten in Deutsch-Oberschlesien hätten Ausweisungsbefehle erhalten. Man wird nicht bestreiten können, daß die deutschoberschlesischen Zeitungen im Recht sind, wenn sie sich besonders darüber aufhalten, daß der in Beuthen erscheinende „Katolik“ nicht nur die Nachricht des „Polak“ ungeprüft und ohne Bedenken übernommen hat, sondern auch die Behauptung des Kattowitzer polnischen Blattes, die deutschen Behörden hätten das Genfer Abkommen gebrochen, sich zu eigen macht. Man kann es auch verstehen, wenn die deutschen Blätter daraus folgende Folgerungen ziehen:

„Wenn ein in Polen erscheinendes deutsches Blatt sich eine ähnliche Bemerkung erlauben würde, würde es, selbst wenn sie begründet wäre, sofort beschlagnahmt werden und die Einleitung eines mit Verurteilung zu Gefängnisstrafe endenden Verfahrens wegen Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit (§ 131 Strafgesetzbuch) wäre die unausbleibliche Folge. Die in Deutschland erscheinenden polnischen Blätter aber dürfen sich täglich in Verleumdung und Verächtlichmachung von Behörden und Staatseinrichtungen und in einer maßlosen Hetze gegen alles Deutsche austoben, **ohne daß eingegriffen wird.** Es

ist höchste Zeit, daß in Deutschland die polnischen Zeitungen mit dem gleichen Maß gemessen werden, das in Polen auf die deutschen Zeitungen angewandt wird. Den in Deutschland erscheinenden polnischen Blättern gegenüber ist täglich begründeter Anlaß zum Eingreifen auf Grund der §§ 131, 185, 186, 187 und 360, Ziffern 11, gegeben."

Wir brauchen nicht zu sagen, daß wir keineswegs den in Deutschland erscheinenden polnischen Blättern die Einleitung von Strafverfahren wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, wegen Beleidigung oder groben Unfugs wünschen. Aber man darf sich kaum darüber wundern, wenn in Deutschland solche Möglichkeiten erwogen werden. Und zutreffend ist es zweifellos, wenn gesagt wird, eine in Polen erscheinende deutsche Zeitung wäre sofort beschlagnahmt und ein Strafverfahren wäre gegen sie eingeleitet worden, wenn sie etwa behauptet hätte, die polnischen Behörden hätten das Genfer Abkommen gebrochen.

Interessantes aus dem Lindeprozeß.

Aufdeckung von Verfehlungen wird bestraft.

Im „Przegląd Poranny" vom 6. März (Nr. 53) lesen wir: „Der Abgeordnete Pączek meldet im „Robotnik" von einer sensationellen Anklageschrift, die von der Disziplinarkommission der Postsparkasse gegen den Beamten Kiliński verfaßt worden ist, der in der Presse die Verfehlungen des Herrn Linde aufdeckte. Wir haben es also mit einem skandalösen Widerspruch zu tun: für Verfehlungen wird man bestraft, für die Aufdeckung derselben ebenfalls! Der Abg. Pączek schreibt:

„Die Disziplinarkommission der Postsparkasse hat eine „Anklageschrift" gegen den Beamten Kiliński formuliert, der die Verfehlungen des Herrn Linde und seiner Genossen in der Presse aufdeckte. Die Disziplinarkommission hat diese Aufdeckung als ein Dienstvergehen gegen den Artikel 21 und den Artikel 25 Punkt 6 des Gesetzes über den staatlichen Zivildienst bezeichnet. Punkt 6 des Artikels lautet: **„Ein Beamter darf ohne Genehmigung der Dienstbehörde in keiner Form in der Presse Angelegenheiten vorbringen, die mit seinen Amtsgeschäften verbunden sind oder sein Dienstverhältnis betreffen."** Ich frage die Disziplinarkommission offen an, worauf sie die Feststellung gründet, daß die Verbergung eines gewöhnlichen Diebstahls vor der öffentlichen Meinung mit den Amtsgeschäften des Herrn Kiliński verbunden war, und die Nichtaufdeckung der Skandalaffären in der Postsparkasse aus seinem Dienstverhältnis hervorging!? Es gibt in keinem Gesetz die Vorschrift, daß ein Beamter schweigen soll, wenn seine Vorgesetzten oder Kollegen stehlen! Aber vielleicht geht es der Disziplinarkommission darum, daß Herr Kiliński es „ohne Genehmigung der Dienstbehörde" tat. Herr Kiliński hätte sich nach Meinung der Disziplinarkommission zu Herrn Linde begeben und ihn um die „Genehmigung" für die öffentliche Aufdeckung der Übergriffe eben dieses Herrn Linde bitten sollen! Das ist ein lächerliches Verlangen, und in der Folge verbrecherisch. Es würde einen großen Dunkelmann niemals die strafende Hand der Gerechtigkeit treffen, wenn nicht feige und unfähige „vorgesetzte Behörden" von der Presse dazu angetrieben würden, gegen Korruption und Diebstahl anzukämpfen, in deren Sumpf der ganze Staat allmählich immer weiter versinkt. Eine Genehmigung der vorgesetzten Behörde für die Veröffentlichung von Artikeln über Verfehlungen ist nicht nötig." Der Abg. Pączek nennt denn auch die Anklageschrift der Disziplinarkommission der Postsparkasse gegen Herrn Kiliński einen unerhörten Skandal."

Republik Polen.

Polnische Drohungen gegen Schweden.

In der „Rzeczpospolita" lesen wir anläßlich des Feldzuges um die Völkerbundsratssitze folgendes: „Der Standpunkt Skandinaviens, namentlich aber der Schwedens, müßte in Polen ins Gedächtnis geschrieben werden. Die Schweden, die in nahen Beziehungen zu Deutschland stehen, sind der deutschen Propaganda erlegen und treten gegen Polen auf, ohne sachliche Argumente, dafür aber mit gewisser Leidenschaft; ja, mehr als das: mit Boshaftigkeit sogar. Die schwedische Industrie, die in Polen günstige Bedingungen genießt, ist wahrscheinlich nicht daran interessiert, daß Polen auf politische Schikanen mit wirtschaftlichen Schikanen antwortet. Es wäre wert, das Sprichwort „Wie Du mir, so ich Dir" ins Schwedische zu übersetzen und in verschlossenem Briefumschlag nach Stockholm zu schicken."

Das Ehrengericht für den Marschall Piłsudski.

Der „Dzień Polski" meldet, daß sich dem Verlangen des Generals Szeptycki, den Marschall Piłsudski vor das Ehrengericht zu stellen, bisher 20 Generale mit den Generalen Kuliński und Romer an der Spitze angeschlossen hätten. Mit dem Dementi scheint die Sache also doch nicht so ganz zu stimmen.

Eine Schmugglerschlacht.

Aus Krakau wird gemeldet, daß die Zollwehr in der Nähe von Żywiec mit Pferdeschmugglern an der polnisch-tschechischen Grenze eine förmliche Schlacht hatte. Nach mehrstündigem Feuergefecht zogen sich die Banditen zurück, indem sie einen Verwundeten und ein getötetes Pferd zurückließen.

Eine Parteikonferenz.

Gestern abend wurde in Warschau eine Parteivertreterkonferenz in Sachen der Selbstverwaltungsgesetze abgehalten. Im Laufe der Beratungen kam es zu Reibungen zwischen der „Wyzwolenie" und der Sozialistenpartei, aber die Mißverständnisse wurden beseitigt. Wenn der Marschall Rataj, der zu einer Jagd in die Gegend von Swięciany gefahren war, zugegen gewesen wäre, hätte man wahrscheinlich einen schriftlichen Vertrag aufgesetzt. So aber ist die nächste Sitzung auf den 17. März festgesetzt worden.

Die Zwitterstellung der „Piasten".

„Nasz Przegląd" schreibt: Das Präsidium des Hauptvorstandes der Piasten hielt unter dem Vorsitz des Abg. Witos eine vertrauliche Sitzung ab, in der die Frage der Auflösung des Sejm und des Zeitpunktes der Neuwahlen besprochen wurde. Wie wir erfahren, trägt sich die Piastenpartei mit der Absicht, den Sejmauflösungsantrag im Juli einzubringen. Die Neuwahlen fänden dann im November statt. Vorher wollen die Piasten aber die Wahlordnung dahin ändern, daß mit Ausnahme der Ostmarken (im Interesse der polnischen Minderheit) kleinmandatige Bezirke eingeführt werden. Zugleich soll die Zahl der Abgeordneten herabgesetzt werden. Von seiten der Piastenpartei wird die Ueberzeugung geäußert, daß der Antrag um Auflösung des Sejm eine Mehrheit erlangen werde. Die Piasten rechnen auf die Unterstützung der Linken und der nationalen Minderheiten. Die Aenderung der Wahlordnung aber wollen sie mit Hilfe der Rechten durchführen.

Deutsches Reich.

Neue Zechenstillegungen in Deutschland.

Unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Kattentied (Arnsberg) als Regierungskommissar fanden im Gebäude der Kruppschen Zechenverwaltung in Hordel die Verhandlungen über die angekündigte Stillegung der Zeche Hannibal II statt. Die Vertreter der Zeche und der Firma Krupp wiesen eingehend die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Maßnahme nach. Danach liegen bereits 18 Tagesförderungen der Zeche auf den Halden. Die gesamten Haldenbestände der von der Firma Krupp betriebenen Zechen haben bereits eine Höhe von 350 000 Tonnen überschritten. Auf Grund dieser Darlegungen der Verwaltung konnten von keiner Seite gegen die Stillegung irgend welche Einwendungen erhoben werden. Bezüglich der teilweisen Unterbringung der etwa 1000 überzähligen Bergarbeiter sagte die Zechenverwaltung die ernste Prüfung des Vorschlages der Betriebsvertretung zu, der dahin ging, die etwa 450 auf den übrigen Schachtanlagen von Hannover und Hannibal in Pension stehenden Invaliden abzubauen und dafür eine entsprechende Zahl Arbeiter von Hannibal II zu übernehmen. Am Schluß der Verhandlungen nahm der Landrat von Gelsenkirchen die Kruppsche Zechenverwaltung gegen die Angriffe in Schutz, daß die Stillegung mit dem Ergebnis der Eingemeindungsverhandlungen in Zusammenhang zu bringen sei, und stellte fest, daß nur die reine wirtschaftliche Zwangslage zu dieser Maßnahme geführt habe.

Eine Anschlagsäule in die Luft geflogen.

Ein eigenartiger Vorfall, der leicht hätte ernste Folgen nach sich ziehen können, ereignete sich in Neutempelhof bei Berlin. Dort ist ein O.behälter, der in einer Litfaßsäule untergebracht war, explodiert. Unter donnerähnlichem Krachen zerbarst die Säule und die einzelnen Teile flogen haushoch in die Luft. Glücklicherweise wurden keine Passanten von den umherfliegenden Stücken verletzt. Eine kleine, durch die Explosion entstandene Lichtstörung, wurde bald wieder behoben.

Die Sintflut.

Eine in Wien erscheinende Buchhändlerzeitung „Der blaue Bücherkurier" hat sich das Vergnügen gemacht, eine Schätzung anzustellen wieviele Zeitungsartikel durchschnittlich in einer Woche geschrieben werden, und wieviele davon im günstigsten Fall von der Presse aufgenommen werden können. Nach ihren Berechnungen gibt es in Deutschland außer den festangestellten Redakteuren ca. 15 000 Artikelschreiber, die, wenn man die sog. Zweidrucke mitzählt, wöchentlich 135 000 Artikel der Presse einsenden. Dazu kommen die etwa 10 000 Redakteure, die in den Redaktionen selbst von etwa 2000 großen deutschen Zeitungen und 5000 Zeitschriften tätig sind und wöchentlich insgesamt 52 000 Artikel und Zweidrucke erzeugen. Den rund 600 Presse-Korrespondenzen in Deutschland schreibt die Schätzung nicht weniger als 300 000 Artikel zu. Rechnet man dazu noch die Beiträge von Behörden Vereinen, Verbänden usw., so ergibt sich ein wöchentliches Gesamtangebot von rund einer halber Million Artikel, denen eine Aufnahmemöglichkeit von nun 380 000 Artikeln gegenübersteht. Nicht weniger als 120 000 Beiträge pro Woche bleiben also unverwendet.

Aus dem Regen in die Traufe.

Wir haben seinerzeit darüber berichtet, daß der Breslauer Stadtinspektor Mayer wegen Unterschlagungen von Stadtgeldern in Höhe von einer halben Million Mark zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Der Angeklagte glaubte sich jedoch im Recht dagegen Berufung einzulegen und fand die Strafe etwas zu hoch. Jetzt fand diese Angelegenheit noch ein kleines Nachspiel, bei dem der Verurteilte zur allgemeinen Ueberraschung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Das Gericht ging dabei von der Ansicht aus, es sei zu berücksichtigen, daß Mayer nicht aus Not, sondern um sein Wohlleben zu fördern, die strafbare Handlung begangen habe. Mit den unterschlagenen Geldern der Stadt habe er geradezu gewüstet, große Zechgelage veranstaltet und erhebliche Summen mit Dirnen durchgebracht. Der Verurteilte brach bei der Verkündung des Urteils zusammen.

Aus anderen Ländern.

Direkte schweizerisch-russische Verhandlungen in Berlin.

Die „Vossische Zeitung" berichtet aus Genf: Nachdem nun alle Versuche Frankreichs, die beiden Staaten, Rußland und die Schweiz, auszusöhnen, fehlgingen, sollen nunmehr direkte Verhandlungen zwischen den beiden streitenden Parteien angeknüpft werden. Als Verhandlungsort wird Berlin bestimmt. In Berner politischen Kreisen spricht man davon, daß es doch schließlich zu einer Verständigung zwischen den beiden Staaten kommen werde. Die Besprechungen sollen in allernächster Zeit aufgenommen werden. Jegliche Vermittelung fällt diesmal jedoch weg, da es sonst nie zu einer Einigung kommen würde.

Besprechungen zwischen Mussolini und Rufos.

Rom, 6. März. Die römische Nachrichtenagentur teilt mit Heute fand zwischen Mussolini und Rufos eine zweite Unterredung statt. Nach Feststellung der in den Beziehungen zwischen beiden Ländern eingetretenen Besserung wurde man sich über Art und Weise einer engeren und wirksameren Ausgestaltung dieser Beziehungen schlüssig. Außenminister Rufos ist am Abend nach Genf weiter gereist.

Coolidge gegen die Weltrüstungen.

Aus Washington wird gemeldet: „Die Hartnäckigkeit der militärischen Kreise, die noch nicht damit zufrieden sind, daß der Kongreß das Heeres- und Marinebudget für das nächste Jahr auf 661 Millionen Dollars festgesetzt hat, was eine Erhöhung von 4½ Millionen Dollars bedeutet, hat es nicht zuwegegebracht, daß Präsident Coolidge auch nur um Haaresbreite von seinem wiederholt mit aller Entschiedenheit dargelegten Standpunkte abweicht, daß der stets drohenden Gefahr eines neuen Wettrüstens mit allen Mitteln vorgebeugt werden müsse. Heute hat der Präsident dem Vorsitzenden des Marineausschusses im Repräsentantenhaus mitgeteilt, er sei gegen die Gewährung eines Sonderzuschusses von fünfundachtzig Millionen Dollars an die Marine zur Durchführung von Neubauten, er wünsche vielmehr eine erhebliche Herabsetzung dieses Betrages. Die Befürworter des Zuschusses haben unter anderem den Neubau von zwei Zeppelin-Luftschiffen, jedes dreimal so groß wie die verunglückte „Shenandoah", sowie eines metallbekleideten Luftschiffes und von 1000 neuen Flugzeugen vorgesehen. Die parlamentarische Debatte über diesen Gegenstand wird für Ende des Monats erwartet."

König Alfons von Spanien will über den Ozean fliegen.

Der Pariser Korrespondent der Madrider Zeitung „Diario Universal" erzählt im Pariser „Journal" eine Geschichte, nach der König Alfons mit seiner Gemahlin und seinem ersten General Primo de Rivera einen Flug nach Argentinien unternehmen will. Gleich nach der Ankunft des spanischen Südamerikafliegers in Buenos Aires habe König Alfons eine Kabelunterhaltung mit dem Major Franco gehabt. In seiner Begeisterung habe der König gefragt: „Wagst Du es, mich im Flugzeug nach Argentinien zu führen?"

„Sire," antwortete der Flieger, „das wäre für mich der schönste Ruhmestitel."

„Du bist sicher, es tun zu können?" kam die königliche Gegenfrage.

„Sire, ich bin ganz sicher!" kam die stolze Gegenantwort.

Alfons XIII. habe auf der Stelle beschlossen, zusammen mit der Königin die Reise zu wagen. Es sollen zehn neue Flugzeuge gebaut werden, die ganz besonders für die Königsreise eingerichtet werden sollen, an der übrigens auch Primo de Rivera, einige Minister und verschiedene Persönlichkeiten der Hofgesellschaft teilnehmen. Die Reise wird dieselbe Route verfolgen, die spanischen Flieger zurückgelegt haben. Die Abfahrt in Palos wird besonders feierlich gestaltet werden. Der König wird die Galauniform mit sämtlichen Orden (!), die Königin große Hoftoilette, Hermelinmantel (!), Schleppe und Diadem anlegen. Auch für die Ankunft in Buenos Aires sind reizende Überraschungen geplant. Ein besonders konstruiertes Flugzeug wird einen dichten Regen von Rosen über die wartende Menge streuen. Das spanische Königspaar wird in Galauniform, Hoftoilette, Diadem und Schleppe den argentinischen Boden betreten.

Ein neues amerikanisches Urteil in Ehescheidungsprozessen.

Aus Neuyork wird berichtet: Bis vor kurzem war es in den Vereinigten Staaten selbstverständlich, daß junge Frauen, die aus irgend einem Grunde geschieden wurden, Zeit ihres Lebens von ihrem früheren Mann unterstützt werden mußten. Nachdem sich aus dieser Praxis der Gerichte mit der Zeit eine Art Heirats- und Scheidungssport entwickelt hatte, wagte kürzlich ein Richter zu erklären, daß er nicht daran denke, den vielleicht hart arbeitenden Mann Zeit seines Lebens mit der Versorgung einer Frau zu belasten, die ihn womöglich nur geheiratet hat, um sich später mit einer lebenslänglichen Rente bezahlen zu lassen. Jetzt hat sich der Vizekanzler James F. Fielding, früher Gouverneur von New-Jersey, diesem Vorbild angeschlossen und erklärt, daß gesunde Frauen arbeiten könnten, anstatt ihrem geschiedenen Mann auf der Tasche zu liegen. Durch die bisher übliche Alimentierung werde nur die Faulheit der Frau bestärkt, während der Mann trotz allen Fleißes häufig wirtschaftlich ruiniert werde.

Echt amerikanisch.

In einem Mausoleum auf einem Newyorker Kirchhof wurde dieser Tage die Leiche eines reichen Börsenmaklers bestattet der in seinem Testament folgendes angeordnet hatte. Das Grabgewölbe des Mauseleums muß mit einer Telephon- und elektritschen Lichtanlage ausgerüstet sein, damit er Gelegenheit habe, wenn er nur scheintot sein sollte, sich mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen. Man sieht also wieder einmal, daß die Amerikaner doch auf alles bedacht sind und sogar fürchten, nur scheintot begraben zu werden. Der Geschäftsmann will nun auf alle Fälle sicher gehen, in dem er sich auch im Grabe noch mit den allen technischen Errungenschaften ausrüsten läßt.

Eine Notenfälschungsaffäre in Argentinien.

Aus Buenos Aires wird dem „Neuyork Herald" gemeldet: In Argentinien wurde von den Behörden eine groß angelegte Affäre von Banknotenfälschungen aufgedeckt. In der Provinz Mendoza seien zwei Arten von Banknoten im Umlauf und diese Gelegenheit machten sich die Fälscher zunutze um ihre eigenen Noten in den Verkehr zu bringen. Die in der Provinz ausgegebenen Banknoten, die sogenannten Schatzbriefe, wurden in großer Anzahl hergestellt, und unter die Bevölkerung gebracht. In letzter Zeit tauchten diese Noten auf, und endlich ist es der Polizei gelungen, der Geheimdruckerei auf die Spur zu kommen. Es wurden hauptsächlich Noten auf 500 Dollar hergestellt, man fand diese in einer Menge von 3600 Stück vor. Die Verbrecher sind allerdings noch nicht dingfest gemacht. Die Noten unterscheiden sich von den echten sehr wenig.

Die Fortdauer der Beschießung von Tetuan.

Paris, 6. März. (R.) „Havas" meldet aus Madrid: Die Beschießung von Tetuan dauert an.

Letzte Meldungen.

Um die Tabaksanleihe.

Wie die „Agencja Wschodnia" meldet, soll der Bankers Trust-Delegierte Fisher dieser Tage in Warschau eintreffen. Seine Ankunft soll mit der Verlängerung der Option für die Pachtung des Tabakmonopols zusammenhängen. Bekanntlich läuft am 8. März die erste Optionsfrist ab. Nach einer Meldung des „Expreß Poranny" soll der Finanzminister mit der Gewährung einer weiteren Frist einverstanden sein, wenn der Bankers Trust die Gewähr bietet, daß die Anleihe schnell gewährt wird.

Internationale Landwirtschaftskonferenz in Paris.

Am 22. März findet in Paris eine internationale Landwirtschaftskonferenz statt, zu der polnischerseits der Senator Leon Łubieński und der Vorsitzende der Zentral-Landwirtschaftsgesellschaft, Kaźmierz Fudakowski abreisen werden.

Die heutige Ausgabe hat 14 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief heute nachm. 6 Uhr nach langem, mit Geduld getragenem Leiden mein innig geliebter Mann, unser treusorgender Vater, mein unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegervater und Großvater, der

Landwirt

Ewald Schmidt

im 59. Lebensjahr.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Luise Schmidt, geb. Busse
und **Kinder.**

Sokołowo, den 4. März 1926
(Jankendorf).

Die Beerdigung findet am 9. März um $3^1/_2$ Uhr vom Trauerhause aus statt.

Spielplan des „Teatr Wielki".

Sonnabend,	den 6. 3. 7½,	„**Die Puppe**".
Sonntag,	den 7. 3. 12	„**Konzert Sliwiński**".
Sonntag,	den 7. 3. 3	„**Bettina**" (ermäß. Preise).
Sonntag,	den 7. 3. 7½	„**Faust**" (Auftreten d. J. Kiepura).
Montag,	den 8. 3. 7½	„**Die Jüdin**".
Dienstag,	den 9. 3.	„**Othello**".
Mittwoch,	den 10. 3.	„**Eros und Psyche**".
Donnerstag,	den 11. 3.	„**Halka**".
Freitag,	den 12. 3.	„**Die Puppe**" (Preise ermäßigt).
Sonnabend,	den 13. 3.	„**Lohengrin**".
Sonntag,	den 14. 3. um 3 Uhr	„**Ritorche**" (Preise ermäßigt).
Sonntag,	den 14. 3. um 7½ Uhr	„**Eugen Onegin**".
Montag,	den 15. 3.	„**Die Puppe**".

Briand nimmt an den offiziellen Genfer Beratungen nicht teil.

Paris, 6. März. (R.) „Havas“ veröffentlicht heute vormittag folgende Auslassungen: Ministerpräsident Briand hat nach Beendigung des Ministerrates, in dessen Verlauf er dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreicht hat, wissen lassen, er werde Paris heute abend verlassen, um sich nach Genf zu begeben, nachdem er während des heutigen Tages Besprechungen mit den alliierten Vertretern im Völkerbund, die gegenwärtig in Paris anwesend seien, vor allen Dingen mit dem polnischen Außenminister Skrzyński gehabt haben werde. Briand werde mit Chamberlain zusammen die Reise nach Genf antreten. Er werde morgen den vorbereitenden Verhandlungen des Rates beiwohnen. Briand werde jedoch nicht an den offiziellen Verhandlungen der Völkerbundstagung teilnehmen, denn er sei der Ansicht, daß, da er in der Kammer gestürzt worden sei, er nicht in der Lage sei, die französische Regierung zu vertreten.

Das polnische Parteiwesen.

Wohl in keinem Staate Europas, ja der ganzen Welt, ist das Bild der Parteien verwirrender, als in unserem polnischen Staate. Zwar zählt man im Sejm offiziell „nur“ 11 Parteien, die als solche bei den Kommissionsbildungen berücksichtigt werden, gewiß schon eine ganz schöne runde Zahl, aber man würde sich einem gefährlichen Optimismus hingeben, wenn man meinte, mit einer Charakteristik dieser 11 Parteien einen auch nur halbwegs richtigen Überblick zu gewinnen. Schon die Tatsache, daß nicht weniger als 22 Wahllisten zur letzten Sejmwahl aufgestellt wurden und daß von diesen Listen sich beispielsweise die stärksten Wahlgruppen, die Liste 8 und die Liste 16, die berüchtigte Liste des Nationalen Volksverbandes und die Liste der vereinigten Minderheiten, sich in weitere Klubs teilten, die Liste 8 in drei Parteien, die Liste 16 in vier Parteien, zeigt, daß die Zahl unendlich viel größer ist, ja in Wahrheit ins Ungemessene und Unmeßbare steigt, wenn man all die politischen Parteigruppierungen zählen wollte, die nun noch innerhalb der einzelnen faßbaren Parteien als selbständige Organisationen nachweisbar sind. So setzen sich die Klubs der Minderheiten aus zahllosen organisierten Parteirichtungen zusammen, innerhalb der national-polnischen Parteien wieder bestehen Organisationen, wie die monarchistische Gruppe, der Westmarkenverein, die, selbständig organisiert, auch selbständig Politik zu machen sich mit mehr oder weniger Erfolg bemühen. So muß ein kleines Büchlein von jedem Deutschen, der ein Bild der politischen Kräfte sich bilden möchte, aufs wärmste begrüßt werden, das dieser Tage im „Verlag der Historischen Gesellschaft für Polen“ erschien, Robert Styra: „Das polnische Parteiwesen und seine Presse“. Aus seiner langjährigen Erfahrung hat hier der verdiente Leiter dieses Blattes versucht, all diese verschiedenen Parteigruppierungen nach ihrer geschichtlichen Entstehung und ihren programmatischen Zielen zusammenzustellen. Wenn dieses kleine Werk auch bewußt auf eine politische Zusammenfassung dieser unendlich zersplitterten Parteikräfte verzichtet, weil es in der gegenwärtigen Zeit zweifellos unmöglich ist, eine grundsätzliche Zusammenfassung zu geben, so lange alles noch im stärksten Fluß ist, so soll im Nachfolgenden dennoch der freilich sehr kühne Versuch gemacht werden, in ein paar Strichen ein freilich sehr einseitig gesehenes Gesamtbild zu zeichnen.

Fragen wir nach den bestimmenden Kräften in der polnischen Parteipolitik, so ist eben die wichtigste dieser Kräfte die namenlose Zersplitterung. Sie läßt keine Stetigkeit in der Regierung aufkommen, weil möglicherweise Parteien, die heute die Mehrheit bilden könnten, schon morgen durch neue Meinungsverschiedenheiten in einer oft nur geringfügigen Sache zersplittern und damit die parlamentarische Mehrheit untergraben. So erklärt es sich, daß die einzige Partei, die ein festes Ziel und ein geschlossenes Gefüge hat, die Nationaldemokratie, offiziell der Nationale Volksverband, immer wieder die entscheidende Führung gewinnt, obwohl sie mit 98 Sitzen noch nicht ein Viertel der Mandate vereinigt. Und das Programm dieser Gruppe ist so sinnlos deutschfeindlich, darüber hinaus aber so sinnlos verblendet von dem Traum einer die ganze Welt überragenden Großmacht, nein Weltmacht Polen, daß sie die realen Wirklichkeiten, durch deren Beachtung allein Polen zu einer wirklichen Bedeutung in Europa kommen könnte, völlig verkennt, und so Polen immer tiefer hinabreißt in das unheilvolle Verhängnis, dessen Macht wir heute alle stärker spüren, als je zuvor. So erklärt sich auch das sonst unverständliche Rätsel, daß alle Regierungen, mögen sie nun links oder rechts sein, nur in einem Punkte stets sich gleichen, in der unentwegten Politik gegen die Minderheiten, die Polens Ansehen in der Welt so stark untergräbt, obwohl mehr als zwei Drittel des Sejms Parteien angehören, die programmatisch weitgehendste Toleranz gegen die Minderheiten vertreten. Dabei gestaltet sich grundsätzlich das Parteibild Polens verhältnismäßig einfach.

Vier große Gruppen lassen sich ziemlich deutlich scheiden.

Auf der einen Seite stehen mit dem Volksverband (Nationaldemokratie) die beiden anderen großen nationalen Parteien, die Christlich-Nationale Partei (sogenannte Dubanowiczgruppe), eine vorwiegend großagrarische Partei, und die Christliche Demokratie (offiziell Christlich-Nationale Arbeitspartei), deren bedeutendster Kopf bisher Korfanty war, eine vorwiegend industriell eingestellte Gruppe, der wiederum angeschlossen ist die kleine Katholische Volkspartei. Diese vier Parteien haben ja auch zusammen den Nationalen Wahlblock gebildet, und so oft sie auch in taktischen Einzelfragen auseinandergehen (erinnert sei an die Bromberger Stadtparlamentsvorgänge), so stehen sie doch im entscheidenden Augenblick zusammen.

Ihr wichtigstes Gegengewicht müßten die oben so geschlossenen Bauernparteien bilden, die ja auch seit der Entstehung Polens immer wieder versucht haben, diese bäuerliche Einheitsfront zu schaffen. Aber bisher haben stets nur die Einigungsversuche zu neuen Zersplitterungen geführt, und wenn scheinbar nur zwei bäuerliche Parteien bestehen mit zwei weiteren unbedeutenden Nebengruppen, so sind doch nicht nur die Gegensätze zwischen der großbäuerlichen Piastenpartei (Führer Witos) und der kleinbäuerlich landlosen Wyzwoleniepartei schier unüberbrückbar, weil sie zum größten Teil Gegensätze der Führerpersonen sind, die eine Einigung stets so verstehen, daß der andere sich unterordnet, sondern innerhalb dieser Bauernparteien selbst schwanken die Gruppen zwischen fast extrem-kommunistischen (Brylgruppe) und kirchlich-kapitalistischen Gruppen, zwischen denen naturgemäß in entscheidenden politischen Fragen keine feste Einheitsfront zustande kommen kann. Gerade in letzter Zeit wiederholt sich ja wieder solch ein Spaltungsvorgang unter der Führung des Abg. Waleron.

Mit den heute schon in den Bauernparteien vereinigten 129 Sitzen, die bei planmäßiger einheitlicher Propaganda noch mindestens um die Hälfte vermehrt werden könnten, könnten die Bauern ein dem nationalen Block ebenbürtiger Gegner werden, der 168 Sitze vereinigt.

Die dritte, erheblich schwächere Gruppe, endlich ist die der Arbeiterparteien mit zusammen 59 Sitzen. Neben der Nationalen Arbeiterpartei, die ihrer Herkunft nach ein Ableger der Nationaldemokratie ist, obwohl sie heute in allen innerpolitischen Fragen als Proletarierpartei ihr scharf gegenübersteht, dagegen im Minderheitenkampf ihre Herkunft nicht verleugnet, steht die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.), die aber durchaus national denkt und ihre alte Kampfeinstellung gegen den zaristischen Imperialismus auch heute im Gegensatz zum bolschewistischen Rußland bewahrt. Der Gegensatz zwischen diesen Parteien erscheint dabei noch verhältnismäßig gering, da ja auch die P. P. S. durchaus national denkt und keineswegs kirchenfeindlich ist, was sie noch am ehesten der Nationalsozialistischen Nationalen Arbeiterpartei (N. P. R.) entfremden müßte. Zudem dürfte die heute in Großpolen noch stark auf ländliches Proletariat sich stützende N. P. R. in Zukunft bei planmäßiger Arbeit der Bauernparteien an Einfluß verlieren.

Als vierte Gruppe endlich ist der Wahlblock der Minderheiten anzusehen, der, so verschieden er auch in einzelnen innerpolitischen Fragen denken mag, für absehbare Zeit doch durch den Abwehrkampf zusammengehalten wird. Sobald einmal die Vormacht des nationalen Blockes gebrochen ist, und die Zeit kann bei dem allgemeinen Katzenjammer nicht allzufern sein, wird diese Gruppe mit ihren 89 Sitzen eine wesentliche Rolle spielen, bis nach Erreichung gesicherter Minderheitenautonomie auch sie sich noch ihren weltanschaulich innerpolitischen Anschauungen zerteilen und auflösen kann. Ihr Bestehen ist völlig vom Willen der polnischen Regierung abhängig; sobald diese sich entschließt, den Anlaß des Blockes, die dauernde Bedrückung durch Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen abzustellen, wird auch diese allen Polen so ärgerliche Blockerscheinung alles Beunruhigende verlieren.

So einfach diese Gruppierung des polnischen Parteiwesens auch nach den vier angedeuteten Hauptgruppen erscheinen mag, so klar die Richtung der Parteipolitik für die einzelnen Gruppen unter solcher Betrachtungsweise erscheint, so verworren ist doch in Wahrheit das Bild. Und es sind nicht nur Gründe mangelnder Erkenntnis, die den Weg zu solcher Klarheit versperren, sondern tiefe geschichtliche Gründe.

Polen als Staat ist heute kaum sieben Jahre alt, und so ist es an sich schon natürlich, daß dieses Land all die Kinderkrankheiten des Parlamentarismus durchmachen muß, die bei den älteren europäischen Staaten sich schon längst ausgeglichen haben, einfach als Folge des Zwanges, dem sich auch Polen auf die Dauer nicht entziehen kann. Wirft man einen Blick zurück auf die etwa entsprechende Zeit in Deutschland, auf die Parteiwirrnisse, wie sie in all ihrer krassen Unbeholfenheit in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Paulskirche und anderswo zutage traten, so erscheint die polnische Zerrissenheit schon weit weniger merkwürdig. Dazu kommen aber für Polen noch die erschwerenden Umstände, daß einerseits Polen eine gewisse Anfangsentwickelung infolge der Teilung unter drei völlig verschiedenartige Großmächte durchgemacht hat, die der Parteirichtung heute noch ihr Gepräge geben, daß andererseits aber Polen plötzlich vor die Bewältigung hoch differenzierter sozialer und politischer Probleme gestellt worden ist, die in anderen Ländern erst mit der Parteientwicklung in gleichem Schritte auftauchten. Schließlich aber wirkt entscheidend auch heute noch die zwiespältige politische Stellung Polens im Weltkriege nach, die um die Gestalten Pilsudski und Dmowski zwei Lager schuf, die, getragen von dem gleichen Zielgedanken der nationalen Wiedererrichtung Polens, doch gegensätzliche Wege gingen. Pilsudski, der Russenfeind, versuchte durch Zusammengehen mit den Mittelmächten zum Ziele zu kommen, und erreichte damit auch, daß in Polen die Grundlagen eines realen Staatengebildes entstanden; Dmowski dagegen versuchte im Ententelager als erklärter Feind Deutschlands die staatsrechtliche Wiedererrichtung eines voll selbständigen Polens zu betreiben, was ihm auch schließlich gelang, ohne daß er freilich sich auf irgend ein reales staatsähnliches Gebilde stützen konnte.

Dieser geschichtliche Gegensatz, der auch heute noch ein außenpolitisches Programm bedeutet, legt sich quer über die obengenannte Parteigruppierung, weil beispielsweise die radikalen Bauernparteien, die mit Sowjetrußland sympathisieren, in dieser Frage Hand in Hand mit dem nationalen Rechtsblock Gegner Pilsudskis sind und damit den gemäßigt-sozialistischen Bauerngruppen gegenüberstehen, die fest an Pilsudski hängen, obwohl beide Führerpersonen, Dmowski wie Pilsudski, heute nicht im engen Rahmen der Parteipolitik stehen, sondern, gestützt auf ihren Anhang, persönliche Politik treiben, wie es gerade die letzten Wochen in aller Deutlichkeit lehren.

Nimmt man zu diesem geschichtlichen Personengegensatz den ebenso geschichtlich begründeten Gegensatz der Teilgebiete, die mit ihrer verschiedenartigen wirtschaftlichen Entwicklung auch grundverschiedene soziale Probleme entstehen ließen, innerpolitisch also gewissermaßen die in der europäischen Welt üblichen sozialpolitischen Parteibildungen verdreifachten, nimmt man dazu die sozial wie kulturell wie geographisch grundverschiedene Struktur der Minderheiten und die Rückwirkung ihrer Probleme auf die Innenpolitik der polnischen Parteien, so vervielfachen sich schließlich die politischen Grundströmungen in so stark überschneidender Form, daß die heutige Parteizersplitterung in keiner Weise mehr rätselhaft sein kann.

Denn die außenpolitische Fragestellung Deutschland, Rußland, Frankreich ist eben zugleich auch eine wirtschaftspolitische Fragestellung. Und wenn Korfanty als Vertreter oberschlesischer Industrieinteressen heute eine beschwichtigende Stellung gegenüber Deutschland einzunehmen versucht, so entfernt er sich eben damit von dem grundsätzlich deutschlandfeindlichen Boden des nationalen Blocks, dem er als Sprecher der christlichen Demokratie nun doch angehört. Die Absicht, ihn aus der Partei auszuschließen, kann daher möglicherweise zu einer neuen Parteibildung führen. Wiederum trennt die Interessen des großpolnischen Bauerntums ebenso wie die der Landarbeiter unseres Teilgebiet die ganz anders geartete wirtschaftliche Lage, und so wird auch der Wunsch der aus Kleinpolen und Galizien stammenden Bauernparteien, in Großpolen festeren Fuß zu fassen, kaum so rasch gelingen, wie ja auch das wesentlich von den kleinpolnischen Bauernparteien durchgedrückte Agrarreformgesetz unserer Landbevölkerung kaum überaus erwünscht sein dürfte.

Die Unnatur der Vereinigung nationalistisch-kapitalistischer Stimmen mit den agrarkommunistischen Wünschen dieser auf Zwergwirtschaften lebenden Bauern, eine Unnatur, die nur durch die minderheitenpolitische Verkoppelung der Grundgedanken dieses Gesetzes möglich war, zeigte ja zur Genüge, welche ins Reich des Unbegrenzten gehenden Kombinationsmöglichkeiten es dank der Verwirrung in den leitenden Grundgedanken geben kann. Nur die Zeit vermag hier langsam, sehr langsam Klarheit zu schaffen und damit die Grundlage für ein wirklich gedeihliches innerstaatlich-parlamentarisches Staatsleben, — wenn nicht bis dahin die Flut eines Desperado-Faszismus oder eines ebenso sinnlosen Monarchismus diese Entwicklung überhaupt versperrt. Günstig sind jedenfalls die Vorzeichen nicht für die innerstaatliche Entwicklung, die sich aus der Durcharbeit dieses Büchleins von Styra ergeben. So dunkel auch das Zukunftsbild sein mag, das sich so entrollt, um so wichtiger bleibt die Kenntnis und das Verständnis der Kräfte, wie sie sich in der heutigen Parteibildung Polens darstellen. Eine Fülle von Tabellen, die

Das Auge des Râ.

Roman von Edmund Sabott.

(38. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

„Er muß am Leben bleiben!“ wiederholte Ellinor leise und fragte nach einer Weile: „Sind seine Wunden sehr schlimm?“

Benick zuckte die Achseln: „Die Beine und der Rücken sind verbrannt. Aber er muß am Leben bleiben!“ wiederholte er eigensinnig. „Er kann an einem so blöden Zufall nicht zugrunde gehen.“

„Ich will zu Fräulein Karoly gehen und ihr alles sagen.“

„Sagen Sie ihr vor allen Dingen, daß ich sie hier nicht sehen will. Sie soll verschwinden und zwar möglichst bald.“

Bernick ging die Treppe hinauf, und Ellinor wandte sich wieder um, ging ins Kontor zurück.

Elja sprang auf, als sie die Tür gehen hörte: „Was ist mit ihm? Darf ich zu ihm?“

„Nein, Fräulein Karoly. Er ist noch immer ohne Bewußtsein. Die Aerzte lassen niemand zu ihm.“

„Dann warte ich.“

Ellinor nahm die Hände Eljas in die ihren: „Ich verspreche Ihnen, Fräulein Karoly, Sie sofort zu benachrichtigen, wenn Sie zu ihm kommen können. Ich glaube bestimmt, daß er nach Ihnen verlangen wird — — —“

Sie glauben — —?“

Ellinor nickte: „Ja, ich weiß, daß Herr Oppen an Ihnen hängt, daß er viel an Sie gedacht hat, und daß Sie ihm gewiß einen großen Gefallen erweisen, wenn Sie zu ihm kämen.“

„Sie waren es, die an jenem Abend — — —“

„Ja, ich war es, Fräulein Karoly.“

„Ich habe Sie um Verzeihung zu bitten, Fräulein von Roth, ich wußte ja nicht — — — Was hat er zu Ihnen von mir gesprochen?“

„Nichts, Fräulein Karoly, was des Erzählens besonders wert wäre, aber ich weiß gewiß, daß Herr Oppen sehr an Ihnen hängt.“

Elja lächelte und strich hoch aufatmend über ihr Haar.

„Und weil ich das weiß,“ fuhr Ellinor fort, glaube ich auch, daß er nach Ihnen verlangen wird, sobald er die Erschöpfung überwunden hat.“

Die beiden schwiegen, plötzlich stand Elja wieder auf und ergriff Ellinors Hände: „Ich danke Ihnen, Fräulein von Roth, ich danke Ihnen von ganzem Herzen, und ich bitte Sie um Verzeihung.“

„Wenn Sie glauben, daß ich Ihnen etwas zu verzeihen habe, so mögen Sie ganz beruhigt sein, Fräulein Karoly. Ich trage Ihnen nichts nach.“

Da nahm Elja Karoly Ellinors Gesicht zwischen ihre Hände und küßte sie auf den Mund.

Ellinor fühlte die Lippen, die Oppen geküßt hatten, nach denen seine Sehnsucht ging, und plötzlich, nicht wissend was sie tat, wehrte sie Elja ab, schloß die Augen und brach in ein Schluchzen aus. Sie erstickte jeden Laut in ihrer Kehle brach zusammen und vergrub ihr Gesicht zwischen die Arme.

Elja Karoly stand neben ihr und sah auf sie nieder, wollte die Hand heben, um den blonden Scheitel zu streicheln, aber sie brachte die Kraft dazu nicht auf. Und als Ellinor das Gesicht erhob und scheinbar wieder ganz ruhig geworden war, fragte sie stockend und voll bebender Angst: „Wie geschah der Unglücksfall, Fräulein von Roth? Wollen Sie mir bitte erzählen?“

„Ich selbst habe nichts gesehen,“ gab Ellinor zur Antwort, „nur die Arbeiter erzählten mir, wie es kam. Oppen war beim Gießen von Bronzeteilen zugegen, ein Arbeiter kam zu Fall und riß ihn um, dabei ergoß sich das flüssige Metall über den Boden und über Herrn Oppen. Ich habe nur seinen Schrei gehört, er schrie entsetzlich, und als ich hinlief, trugen sie ihn schon fort. Seine Kleidung fing Feuer, aber die Arbeiter haben das gleich gelöscht.“

„Es war also ein Unglücksfall?“

Ellinor hob den Kopf sah ganz befremdet über diesen seltsam zitternden Ton in Eljas Gesicht.

„Gewiß, es war ein Unglücksfall. Was soll es sonst gewesen sein?

„Ist der Arbeiter verbrannt?“

„Ja, aber nur ganz wenig.“

„Kann ich ihn sprechen?“

„Nein, man hat ihn fortgebracht, nach Hause gefahren.“

„Kann ich seinen Namen wissen?“

„Weshalb fragen Sie das alles, Fräulein Karoly?

Elja erschrak und versuchte ein Lächeln: „Ich bin so erregt, daß ich sinnlos alles durcheinander frage. Entschuldigen Sie!“

Da entsann sich Ellinor des Mißtrauens, das Bernick gehabt hatte, und auch sie fragte sich nun, wie Elja so schnell von dem Unglücksfall erfahren konnte. Zweifelnd sah sie Elja an, aber nichts war in diesem Gesicht zu lesen als das Entsetzen über den Unfall Oppens und die Angst über den Ausgang der Erkrankung. Aber eine Lüge, ein unentwirrbarer Zweifel blieb — — —

Elja fühlte wohl, welche Wirkung ihre unvorsichtigen Fragen auf Ellinor ausgeübt hatten, und wieder überkam sie die Angst vor einem Verbrechen, aber auch Feigheit zitterte jetzt in ihr, daß sie entdeckt werden konnte. Und wenn sie vorhin noch willens gewesen war, zu warten, bis Oppen sie empfangen konnte, entschloß sie sich jetzt, sofort zu Hurrimann zu fahren, um dort Gewißheit zu erlangen. Als sie ging, geleitete sie Ellinor hinaus.

Im Flur sah sich Elja ängstlich um: „Hinter welcher Tür liegt er?“

„Dort!“ antwortete Ellinor und wies auf eine Tür. Elja lauschte, aber es war ganz still, nur vom Hof her kam das Gemurmel der Arbeiter, die noch immer auf eine Nachricht über das Befinden Oppens warteten.

„Denken Sie an Ihr Versprechen, Fräulein von Roth!“ bat Elja noch einmal. „Sie müssen mich bestimmt benachrichtigen, wenn Sie die Aerzte gesprochen haben, und wenn Herr Oppen bei Bewußtsein ist. Sie erweisen mir einen sehr großen Dienst, glauben Sie mir!“

(Fortsetzung folgt.)

vor allem die Verteilung der Abgeordnetenmandate nach allen Gesichtspunkten zeigen, macht das Buch als Nachschlagewerk für jeden wichtig und wertvoll, der tiefer in das Verständnis polnischer Politik eindringen will. T. M.

Vergewaltigung einer deutschen Schule.

Interpellation

der Abg. Graebe und Klinke von der Deutschen Vereinigung und anderer Abgeordneten an den Herrn Unterrichtsminister wegen Auflösung einer deutschen Schule.

In dem Orte Święcichowo (Schwetzkau), Kreis Lissa, sind 88 katholische deutsche Kinder vorhanden, deren Namen und Geburtsdaten wir in der Anlage beilegen. Im September 1925 wurde die für diese Kinder vorhandene deutsche Schule aufgehoben, und die 88 katholischen Kinder wurden mit den vorhandenen 79 polnischen katholischen Kindern zu einem dreiklassigen polnischen Unterrichtskörper zusammengelegt. Die deutschen Kinder erhalten in den beiden obersten Klassen wöchentlich nur 4 Stunden deutschen Unterricht, während die Unterstufe überhaupt nur polnisch unterrichtet wird.

Die Auflösung einer deutschen Schule mit 88 Kindern ist eine ungeheure Vergewaltigung der deutschen Minderheit in Polen, die der Verfassung direkt widerspricht. Die deutschen katholischen Eltern sind besonders empört darüber, daß die Schulanfänger der Unterstufe wie polnische Kinder behandelt werden. Der Fall wird noch verschlimmert dadurch, daß man nur einen deutschen Lehrer in den polnischen Lehrkörper eingegliedert hat neben vier polnischen Lehrkräften, statt mit zwei deutschen Lehrkräften eine deutsche und mit zwei polnischen Lehrkräften eine polnische Schule aufrecht zu erhalten.

Bekanntlich ist in Art. 9 des Minderheitenschutzvertrages gesagt, daß bei einer beträchtlichen Anzahl deutscher Kinder eine deutsche Schule aufrechterhalten werden muß, und durch besondere Verfügungen ist die Zahl 40 für solche Schule festgesetzt. Warum richtet sich die Schulbehörde im Fall Święcichowo weder nach den international verbrieften Minderheitsschutzbestimmungen noch nach den im Lande geltenden Bestimmungen?

Wir fragen daher den Herrn Minister an:

1. **Ist ihm der Fall Święcichowo bekannt und billigt er ihn?**
2. **Ist er gewillt, dafür zu sorgen, daß für die deutschen katholischen Kinder in Święcichowo unverzüglich ein Unterrichtsbetrieb mit deutscher Unterrichtssprache und deutschen Lehrkräften eingerichtet wird?**

Die Namen und Geburtsdaten der 88 deutschen katholischen Kinder in Święcichowo, Kreis Lissa.

III. Klasse: 1. Magdalena Langner (17. 1. 12), 2. Klara Kirschke (2. 11. 11), 3. Emma Langner (31.10. 11), 4. Maria Braun (21 10. 11), 5. Hildegard Jauer (23. 12. 11), 6. Hedwig Schwengler (18. 7. 12), 7. Gertrud Nitsche (21. 5. 12), 8. Maria Schulz (7. 2. 13), 9. Agnes Kirschke (9. 8. 13), 10. Anna Kurz (6. 7. 13), 11. Maria Spwichal (2. 9. 13), 12. Margarete Schulz (3. 6. 13), 13. Martha Prause (13. 3. 13), 14. Hedwig Günther 30. 6.), 15. Anna Klupsch (4. 12. 12), 16. Marta Anders (13. 7. 14), 17. Maria Pflanz (11. 11. 11), 18. Lucia Wlodarczak (27. 10. 14), 19. Hedwig Schwengler (13. 10. 12), 20. Hedwig Prause (7. 6. 14), 21. Gertrud Gertig (24. 1. 14), 22. Johann Meißner (10. 1. 13), 23. Josef Scholz (20. 3. 13), 24. Josef Klupsch (18. 3. 13), 25. Johann George (30. 3. 13), 26. Johann Kuntze (17. 10. 11), 27. Hubert Weigt (16. 4. 13), 28. Roman Schulz (14. 12. 12), 29. Josef Zeiske (19. 1. 13), 30. Hubert Kurz (10. 3. 12), 31. Paul Kurz (1. 7. 12), 32. Johann Puppe (15. 2. 12), 33. Franz Gertig (22. 5. 13), 34. Karl Schulz (13. 6. 14), 35. Franz Woywode (20. 10. 13), 36. Paul Nitsch (24. 11. 14), 37. Roman Schulz (19. 2. 15), 38. Erich Scholz (30. 12. 14), 39. Karl Puppe (30. 8. 12), 40. Ursula Krüger (13. 2. 14).

II Kasse: 41. Elisabeth Kirschke (30. 3. 15), 42. Anna Meißner (23. 1. 15), 43. Elisabeth Günther (6. 3. 14), 44. Marta Berg (12. 3. 15), 45. Gertrud Woywode (26. 4. 16), 46. Maria Wagner (22. 2. 13), 47. Wehrfriede Schlabs (31. 3. 15), 48. Angela Greulich (6. 5. 15), 49. Klara Kintzel (20. 9. 14), 50. Gertrud Kasube (26. 1. 16), 51. Agnes Scholz (21. 12. 16), 52. Margarete Schulz (1. 2. 17), 53. Marta Nowitzki (18. 8. 15), 54. Maria Klupsch (13. 11. 16), 55. Maria Krüger (3. 3. 16), 56. Paul Klupsch (27. 3. 14), 57. Erich Gertig (10. 7. 15), 58. Frank Kubiak (8. 1. 16), 59. Karl Kühnert (27. 12. 15), 60. Bruno Meißner (9. 6. 16), 61. Gerhard Nowitzki (25. 9. 14), 62. Erich Seiler (29. 9. 16), 63. Richard Schulz (5. 2. 15), 64. Bruno Anders (30. 8. 17), 65. Josef Prömel (10. 9. 13), 66. Jan Franske (15. 5. 15), 67. Otto Nowitzki (28. 8. 16), 68. Jan Mentzel (10. 12. 12), 69. Bruno Puppe (3. 10. 14), 70. Karl Schwengler (4. 7. 16), 71. Albert Prömel (9. 11. 14), 72. Robert Marker, 73. Bruno Zeiske (13. 8. 15).

I. Klasse: 74. Johanna Krüger (2. 2. 18), 75. Margarete Seiler, 76. Johanna Prause (26. 9. 17), 77. Johanna Kirschke (24. 8. 18), 78. Anna Schütz, 79. Margarete Zeiske (4. 10. 17), 80. Hedwig Dupke, 81. Maria Langner, 82. Maria Kowalski, 83. Gerhard Günther (15. 2. 18), 84. Herbert Günther (15. 2. 18), 85. Josef Greulich, 86. Johann Braun, 87. Alfons Schlabs, 88. Max Blümel.

Warschau, den 2. 3. 26. Die Interpellanten.

Nach Südamerika.*)

Von Professor Carl Kappstein.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten.)

Als wir eines Abends Leixoes verließen, hatte die Sonne zum Untergang schwarze Halbtrauer am Horizont angelegt und fröhliche Windwolken bereiteten schonend auf den kommenden Atlantik vor, — am nächsten Morgen Windstärke 6, die bei kräftigstem Nordost und sausendem Barometer bis Mittag auf 10—11 kletterte und unter gütiger Mitwirkung des Regengottes uns zur fröhlich hüpfenden Karussellschaukel machte! — Die Courths-Mahler würde das wohl so beschreiben: „Jauchzend schwangen sich die Matrosen von Mast zu Mast, von Zeit zu Zeit ein Raff in die Segel steckend, und während ein Bootsmann zusammen mit einem Branntweinfaß, von der rasenden See erfaßt, über Bord rollten, mußten die armen Passagiere — Ungeheuer erbrechen!" —

Das Köstlichste, was die allgütige Mutter Natur dem Menschen vorsetzen kann, ist gewiß: „Vollmond in Madeira", — das übertrifft alles bisher auf der Reise Genossene und mußte mit dem herrlichen Panorama von Funchal für den Mangel an Trinkbarem entschädigen, — denn wir durften, wie weiland Moses, das gelobte Land nur aus der Ferne schauen und zusehen, wie einige Schifflein voller Fässer und vielversprechender Behälter an Bord verladen wurden, — aber es stand darauf: „Dry Madeira" und derartige Trockenlegung kränkte uns und wir verachteten diese „Küste von Madeira" gründlich. Hoch oben über Funchal liegt die Klosterkirche, wo Kaiser Karl, der letzte irrende Ritter aus dem Hause Habsburg, von seinen abenteuerlichen Fahrten ausruht, — sic transit gloria mundi! —

Und aus Abend und Morgen wurde der andere Tag, an dem wir, Gran Canaria sichtend, im Hafen von Las Palmas anlegten, um Öl zu pumpen, — das aber bar bezahlt werden mußte. Schwarze Lavahügel, ein alter Krater mit dem Semaphor, — alles braungrün und schwarz wie alte Schlackenhalden, sonnenverbrannt auch die Felder in den Bergen, — ein großer geräumiger Hafen, in dem allerlei Schiffe Kohlen oder Bananen zu sich nehmen, — als Kohlendepot irgend ein alter spanischer Kriegsschiffhulk, und in der Ferne grüßt der mächtige Pic de Teyde von Teneriffa herüber im Glanz der untergehenden Sonne. — Das neue Hafenviertel eine Laubenkolonie ohne Grün, auf halbfertigen Steinhäusern sind Holzbaracken aufgepfropft, Kisten, alte Blechfässer und Bretterschuppen stehen windschief aneinandergeklebt, als Wohnräume und Villen auf mächtigen schwarzen Lavaströmen, die bis ins Meer geflossen sind, und rudelweise treiben sich in und an Regenpfützen kleine und kleinste Jöhren herum, meist nur mit Erdkruste bekleidet, — aber sonst sind sie gesund! Prächtig beleuchtet gleitet die Stadt an uns vorüber, unser „großer Seetörn" hat begonnen und nun sehen wir seit Tagen nur noch Ozean mit Umgegend vor und um uns, — mit zauberhaften Sonnenauf- und -untergängen und mit Vollmondnächten, die überirdisches haben. Als Begleiter haben wir Delphine, fliegende Fische und ab und zu einige, Wassersäulen blasende, Walfische, — sonst nur Ruhe und Seelenfrieden, keinen Briefträger und kein Telephon, — und dies alles nur unterbrochen durch Baden, Essen und Schlafen, — — Schlaraffenland! — — An einem schönen, sommerhellen Morgen aus der Koje kletternd, merke ich, daß unsere „Erfurt" nur noch mit der Schnelligkeit eines Appelkahns sich bewegt, — nanu, was ist da los?! Bei der hohen Wassertemperatur von 25 Grad ist die Schraube aus dem Leim gegangen, und wir haben einen der vier Schraubenflügel verloren, weshalb wir jetzt als Dreibein langsam, angesichts der Capverdischen Inseln, durch die Wasserwüste weiterstelzen müssen. Damit wir nun nicht vom richtigen Kurs abkommen, halten wir den „Buddeltrack" genau ein; das ist sehr leicht, denn auf dem Wege nach Brasilien laufen so viele große Passagierdampfer, welche bei dieser Hitze und dem Durst alle paar Minuten eine leere Flasche über Bord werfen; diesen schwimmenden „Buddeln" folgen wir und werden ganz richtig ankommen! —

Das Leben des Seemannes ist beschwerlich, aber durstererzeugend, trotzdem hat er manchmal lichte Momente, — aber geradezu lebensgefährlich ist der Beruf eines Kapitäns der großen Passagierdampfer, — so mancher Kapitän ist schon von den zahlreichen Passagieren totgefragt worden. — Es gibt besonders neckische Typen unter diesen Leuten, die oft überwältigend komisch wirken; wir haben einen solchen aus den etwas östlichen Gegenden Europas an Bord, der oft Fremdworte wie „Schmonzes" und „Gojim Nachos" gebraucht, und sich zu Ehren des zu passierenden Äquators in funkelnagelneue, im Hamburger Laden erstandene Khakihemden hüllte, dazu dito Breeches mit dickgenagelten Doppelsohlenstiefeln nebst mächtigen Lederreitgamaschen anlegte und einen grünen Trapperhut aus Filz mit fußbreiter Krempe aufsetzte. — Über Rio de-Janeiro, dessen herrliche große Bucht wir dicht unter Land passierten, ist schon so viel geschrieben und gedichtet worden, daß ich diese vorübergehende Erscheinung nur noch der Ordnung halber erwähne; unser Streben geht nach Santos.

*) Siehe auch „Pos. Tageb." Nr. 36 vom 14. Februar 1926.

Liquidierte polnische Staatsbürger.

Die Deutsche Vereinigung in Sejm und Senat teilt mit:

„Bei den im letzten Halbjahr sehr häufigen Liquidationen ist die Erfahrung gemacht worden, daß die Liquidanten, welche Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit zu haben glauben, zwar Einspruch gegen die Liquidation einlegen und sich dafür Rat holen, aber keine Schritte mehr unternehmen, falls der Einspruch vom Liquidationskomitee in Posen abgelehnt wird. Es gibt aber gegen die Ablehnung des Einspruchs noch die Klage beim Obersten Verwaltungsgericht in Warschau, die wenig Kosten im Verhältnis zu anderen Prozessen verursacht. Die Klage ist innerhalb von zwei Monaten nach Empfang des ablehnenden Bescheides einzureichen und kann allen grundbuchlich eingetragenen Besitzern empfohlen werden, die Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit machen können. Auch polnische Staatsangehörige, die nach dem 10. 1. 1920 im Grundbuch eingetragen sind, weswegen die Liquidation gegen den am 10. 1. 20 eingetragenen Eigentümer vorgenommen worden ist, sollten vor dem Obersten Verwaltungsgericht klagen. Anwaltszwang besteht für das Oberste Verwaltungsgericht nicht. Man glaube deshalb aber nicht, daß jeder sogenannte Rechtsberater eine solche Klage machen kann, sondern nehme, wenn es zu machen ist, einen Rechtsanwalt oder frage wenigstens die Bureaus der deutschen Abgeordneten um Rat."

Aus Stadt und Land.

Posen, den 6. März.

Bibelfreizeit der evangelischen Frauenhilfen.

Am 10., 11. und 12. d. Mts. soll, wie schon in den beiden letzten Jahren in der Passionszeit eine Bibelfreizeit für die evangelischen Frauen Posens stattfinden, und zwar am 10. und 12. im Heimatsaale und am 11. in einem Raume des Evangelischen Vereins junger Männer im Evangelischen Vereinshause. Jeden Tag von 10 bis 11 Uhr soll eine Bibelstunde sein, um 5 Uhr nachmittags ein Vortrag evangelisatorischen Charakters, und abends um ½9 Uhr wird ein Vortrag über „Verkappte Religionen" gehalten werden. Möchte diese schöne Gelegenheit, sich für die Passionszeit zu sammeln und zu vertiefen, von recht vielen Frauen gesucht werden!

Darf der Mann die Briefe seiner Frau öffnen?

Wieviel Ärgernis und wieviel eheliche Verstimmung hat es zwischen Ehegatten schon wegen der leidigen Frage des Brieföffnens gegeben! Einen Menschen, der Taktgefühl hat, hält sein Feingefühl und die Achtung vor dem anderen ohne weiteres von einer solchen Indiskretion ab, der Mann wird die Briefe seiner Frau als unantastbares Eigentum behandeln. Wo aber dieses Taktgefühl nicht vorhanden ist, muß man der strittigen Frage einmal rechtlich zu Leibe gehen. Wer einen verschlossenen Brief vorsätzlich oder unbefugterweise öffnet, wird auf Antrag bestraft. Befugt zum Öffnen eines Briefes ist nur der, an den der Brief laut Aufschrift gerichtet ist. Die Tatsache der Verheiratung gibt keinem der Ehegatten das Recht, die an den anderen Teil gerichteten Briefe zu öffnen. Wohl hat der Mann nach den gesetzlichen Bestimmungen bei Meinungsverschiedenheiten, die das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffen, das Entscheidungsrecht, aber über die persönlichen Angelegenheiten — und das ist ein an sie gerichteter Brief — steht ihm kein Entscheidungsrecht zu. Er darf auch Briefe, die seine Frau an Dritte schreibt, nicht öffnen. Allerdings kann sein Inhalt eine gemeinsame eheliche Angelegenheit betreffen, über die ihm an sich die letzte Entscheidung zusteht, aber er kann seiner Frau eine Aussprache über strittige Ehefragen nicht verbieten. Jedenfalls aber darf er sich Kenntnis darüber, was sie über Eheangelegenheiten an Dritte schreibt, nicht auf dem Wege der Selbsthilfe durch eigenmächtiges Öffnen verschlossener Briefe verschaffen. Handelt seine Frau seinem Willen entgegen, so kann das nur zu einer Zerrüttung des ehelichen Lebens führen, die dem Manne gegebenenfalls Grund für ein Scheidungsverlangen geben kann. Auch aus dem Argwohn der ehelichen Untreue heraus darf der Mann die Briefe seiner Frau nicht öffnen. Er könnte, falls er in ihnen Beweise für ihre Untreue vermutet, rechtlich nur Beschlagnahme der Briefe als wichtige Beweisstücke, deren Beseitigung droht, bei der Staatsanwaltschaft beantragen, worauf die Briefe in seiner Gegenwart geöffnet werden können. Dasselbe Recht steht natürlich auch der Frau gegenüber dem Manne zu.

X **Evangelische Kreuzkirche.** Die Schäden, die durch die Explosion des großen Gasbehälters an der Kirche entstanden sind, haben sich bei genauer Besichtigung als sehr viel schwerer herausgestellt, als im ersten Augenblick anzunehmen war. Sachverständigenkommissionen von der Stadtverwaltung und von der Kirchengemeinde haben die Schäden festgestellt. Die kirchlichen Körperschaften haben in Gemeinschaft mit dem Evangelischen Konsistorium und den Sachverständigen die Schritte erwogen, die zum Wiederaufbau der Kirche führen sollen. Gestern, Freitag, nachmittag um 3 Uhr haben die Vertreter der Landgemeinden die Schäden besichtigt, um 4 Uhr die Vertreter der Stadtgemeinde; abends um 8 Uhr haben gestern die Frauen der Gemeinde beraten, was von ihrer Seite zum Wiederaufbau der Kirche geschehen muß und kann. — Morgen, Sonntag, nachmittag um 8 Uhr wird noch einmal eine Führung durch die Kreuzkirche erfolgen durch Herrn Pastor D. Greulich. Es werden alle, die an dem Unglück teilnehmen, das die Kreuzkirche betroffen hat, aufgefordert, zu dieser Besichtigung zu erscheinen. Am Montag wird dann mit den Aufräumungsarbeiten in der Kirche begonnen und niemand mehr zur Besichtigung zugelassen werden.

X **Eine vorbildliche Spende für die Altershilfe** ging uns gestern von der evangelischen Schule in Dubinowo, Kr. Schroda, in Gestalt von Speck, Wurst usw. zu.

X **Angenehme Gäste.** In der Konditorei ul. Dąbrowskiego 6 (fr. Große Berliner Str.) erschienen gestern nachmittag sechs Männer, ließen sich Speisen und Getränke gut schmecken, waren aber schließlich nicht imstande, ihre erhebliche Zeche zu begleichen. Dafür begannen sie einen heftigen Krach, demolierten, was ihnen unter die Finger geriet, zertrümmerten u. a. auch die Schaufensterscheibe und flüchteten, nachdem sie einen Schaden von 600 zł angerichtet hatten.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: gestern vormittag auf dem Wochenmarkte des Sapiehaplatzes einer Dame die Handtasche mit 19 zł Inhalt; vom Boden des Hauses ul. Mickiewicza 22 (fr. Hohenzollernstraße) Wäsche im Werte von 30 zł.

X **Vom Warthehochwasser.** Heut, Sonnabend, früh war der Wasserstand der Warthe in Posen + 2,76 Meter, gegen + 2,80 Meter gestern früh.

X **Vom Wetter.** Heute, Sonnabend, früh war 1 Grad Kälte bei völlig klarem Himmel.

* **Bentschen, 5. März.** Infolge eines Herzschlages verstarb am Sonntag mittag in der Bahnhofstraße der Eisenbahnbeamte Czeczlewicz von hier. Die Leiche wurde am Dienstag vom Carolinenstift aus nach Gnesen, seiner Heimatsstadt, übergeführt.

* **Bromberg, 3. März.** Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden in der Zeit von 10—11 Uhr folgende Preise gefordert: Butter 2.60—2.70 zł, Eier 1.70—1.90 zł, Weißkäse 40 gr, Tilsiter 1.80 bis 2.40 zł, Weißkohl 15 gr, Wruken 10 gr, Mohrrüben 15 gr, Zwiebeln 35 gr, Aepfel 20—50 gr, Hühner 2.50—3.50 zł, Enten 7—8 zł, Gänse 8—12 zł, Tauben 2 zł, Puten 8—10 zł, Hechte 1.80 bis 2 zł, Schleie 1.80—2 zł, Plötze 50 gr, Bressen 1.20—1.30 zł, grüne Heringe 35—45 gr, Schweinefleisch 1—1.10 zł, Rindfleisch 70 bis 80 gr, Kalbfleisch 0.90—1.00 zł, Hammelfleisch 70—80 gr, Kochwurst 0.60—1.20 zł, Dauerwurst 1.20—1.60 zł.

* **Goßlershausen, 5. März.** Die „Deutsche Rundschau" berichtet: Auf dem Wege zur Schule wurde am Sonnabend der sechs Jahre alte Knabe Siegismund Wisniewski in Wardongówko von einem Auto, das die Frau Herrmann-Nowymlyn bei Graudenz steuerte, überfahren. Schwerverletzt nahm man den Knaben ins Auto, um ihn hierher in ärztliche Obhut zu bringen. Da ereignete sich zwischen den Gemeinden Niewalde und Plowenz, Kreis Strasburg, der zweite Unglücksfall, denn das Auto fuhr infolge unvorsichtigen Steuerns durch Frau Hermann an einen Baum, stürzte dabei in den Graben und begrub alle vier Passagiere, welche sich darin befanden, unter sich. Dem Knaben sind mehrmals die Beine gebrochen. Frau Herrmann wurde an Kopf und Beinen schwer verletzt, während die beiden anderen Personen, darunter die alte Mutter der Frau H., mit leichten Verletzungen davonkamen.

* **Inowroclaw, 4. März.** Dem hiesigen Pferdehändler Ignacy Sobczak wurden, dem „Kuj. Boten" zufolge, dieser Tage 1450 zł unterschlagen. Grzeskowiak aus Tremessen übergab diese Summe einem gewissen Felix Kruszczyński mit der Weisung, das Geld S. zu übergeben. Kruszczyński bestreitet, das Geld unterschlagen zu haben, behauptet vielmehr, daß es ihm gestohlen wurde.

* **Jutroschin, 2. März.** Von den großen anhaltenden Regengüssen der letzten Zeit zeugt die Gegend um Jutroschin, die von dem Flüßchen Orla durchflossen wird. Der Fluß hat meilenweit die Niederungen überschwemmt; von der Bahn, sowie vom Autobus aus, der jetzt eine bequeme Fahrverbindung mit Rawitsch herstellt, sieht man die Ortschaften und einzelne höher gelegene Bodenteile wie Oasen aus dem Überschwemmungsgebiet aufsteigen. Der später einsetzende Frost hat die Wasserfläche mit einer Eisdecke überzogen, die bei anhaltender, schärferer Kälte für die Jugend aus Jutroschin und den benachbarten Ortschaften eine ideale Bahn zur Ausübung des Eissportes abgegeben hätte. Leider scheint die frostklare Witterung nur von kurzer Dauer. — Auch in anderen Gebieten unseres Kreises, so in der näheren Umgegend von Rawitsch, weisen die Feldgräben starken Wassergehalt auf, ein notwendiger Ersatz für den fast gänzlichen Mangel an Schnee in diesem Winter.

* **Karthaus, 4. März.** Das einige Jahre alte Söhnchen des Eisenbahnbeamten Kamiński fand auf der Straße einen Revolver. Dieses bemerkte seine elfjährige Schwester, die ihm die Waffe abnahm und nach Hause bringen wollte. Plötzlich fiel jedoch aus der ungesicherten Waffe ein Schuß, und die Kugel drang dem jungen Mädchen in die Brust. Schwer verwundet mußte sie ins hiesige Krankenhaus gebracht werden. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß die Verwundete am Leben erhalten bleibt.

* **Krotoschin, 4. März.** Über eine schwere Bluttat berichtet die „Krotosch. Ztg." folgendes: Wegen eines Maschinenverkaufes geriet am 1. d. Mts. der Fleischer K. mit seinen Söhnen in Streit, wobei die Söhne angeblich über den eigenen Vater herfielen. Dieser schwur ihnen Rache. Am folgenden Tage griff der Vater plötzlich zu Beil und Messer und richtete damit seinen etwa 25jährigen Sohn durch Stiche übel zu. Lunge und Herz sollen verletzt sein. Das Befinden des Sohnes ist sehr besorgniserregend.

* **Lissa i. P., 5. März.** Aus dem Bericht des städtischen Schlachthauses für den Monat Januar geht folgendes hervor: Geschlachtet wurden 1950 Tiere, davon 147 Rinder, 1445 Schweine, 256 Kälber, 97 Schafe, 5 Ziegen. Von den geschlachteten Schweinen waren für den heimischen Verbrauch 836, für den Export nach dem Ausland 809 Stück bestimmt. Von auswärts geschlachteten, hier eingeführten Tieren wurden untersucht 9 Stück Rindvieh, 27 Schweine und 16 Kälber. Die Einnahmen betrugen 4977,60, die Ausgaben 5648,53 zł.

* **Samter, 3. März.** Wie der Starost im „Orędownik" bekannt macht, werden infolge weiterer Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche für alle Ortschaften des Kreises Samter, die nicht zum engeren Isolierungsbezirk gehören, und mit Ausnahme der Orte des Distriktsbezirks Wronke, die nördlich der Warthe liegen, dem weiteren Isolierungsbezirk zugeteilt.

Aus Ostdeutschland.

* **Ratibor, 4. März.** Die Schuhmacherwitwe Renate Drosdek, geb. Jenoch, hat dieser Tage ihr 100. Lebensjahr vollendet. Ihr Bruder, der Rentner August Jenoch, zählt 91, ihre Schwester Karoline Jenoch 86 Jahre.

Handelsnachrichten.

Posener Börse. Auf Beschluß des Börsenrates vom 5. März 1926, sind die Aktien der nachstehend aufgeführten Firmen, von amtlichem Handel und der Notierung an der Posener Börse ausgeschlossen worden: 1. Bank Handlowy w Warszawie; 2. Fabryka Mebli i Obróbka Drzewa Tow. Akc. w Swarzędzu; 3. Zakłady Przemysłowo-Ogrodnicze „Marynin“ Sp. Akc. w Warszawie; 4. Fabryka Maszyn i Odlewnia „Lwówek“ Tow. Akc.; 5. Olejarnia Szamotuły Tow. Akc.; 6. Krotoszyńska Fabryka Kawy Słodowej „Extra“ Tow. Akc.; 7. Wielkop. Hurtownia Szkła Tow. Akc. w Poznaniu; 8. Materjał Budowlany Tow. Akc. w Poznaniu; 9. Bank Młynarzy Tow. Akc. w Poznaniu.

Über die Nichtanwendung polnischer Ausfuhrzölle veröffentlicht der neueste „Dziennik Ustaw“ Nr. 18 eine Verordnung, die mit Wirkung vom 24. Februar in Kraft gesetzt ist. Danach werden Ausfuhrzölle nicht erhoben für diejenigen exportierten Warenmengen, die vor dem Inkrafttreten der einschlägigen Zollverordnung an ausländische Importeure auf Grund von Verträgen verkauft worden sind, die unter Garantien der polnischen Regierung abgeschlossen wurden. Dem Finanzministerium steht die Entscheidung darüber zu, auf welche Warenpartien diese neue Verordnung angewandt werden kann, und zwar auf Grund von Gutachten des Handels- oder des Landwirtschaftsministeriums.

X. Wiener Internationale Messe (Frühjahrsmesse 7.—13. März 1926). **Erleichterung der Paßbeschaffung für polnische Messebesucher.** Laut Mitteilung des Österreichischen Bundeskanzleramtes (Auswärtige Angelegenheiten) hat das polnische Handelsministerium die Bezirkshauptmannschaften in Kattowitz und Bielitz sowie die übrigen Wojewodschaften in Polen darauf aufmerksam gemacht, daß den Besuchern der Wiener Internationalen Frühjahrsmesse 1926 im Sinne der allgemeinen für Kaufleute bestehenden Bestimmungen ermäßigte Reisepässe ausgefolgt werden können. — Das polnische Handelsministerium hat im Übrigen Vorsorge getroffen, daß die Besucher der Wiener Messe in liberaler Weise behandelt werden und durch Heranziehnng des für Ösrerreich zugestandenen, bisder wenig ausgenützten Kontingentes von ermäßigten Pässen berücksichtigt werden können.

Der bulgarische Rosenölexport 1925 hat 751 kg im Werte von 26 164 000 Lewa betragen, was etwa ¾ der letztjährigen Produktion entspricht.

Die rumänischen Ausfuhrpreise für Salz sind von der Generaldirektion der rumänischen Monopolverwaltung mit Wirkung vom 15. Februar je 10-Tonnen-Waggon, loko Bergwerk Camara-Sigetului, folgendermaßen festgesetzt worden: Salz in Blöcken 43 Dollar, gemahlenes Salz zum menschlichen Genuß 40 Dollar, Viehsalz 42 Dollar, pulverisiertes und denaturiertes Salz zu Industriezwecken 23 Dollar. Diese Preise gelten voraussichtlich bis 15. April. Hinzu kommt eine Kommissionstaxe der Monopolverwaltung von 1%. Die Monopolverwaltung verpflichtet sich, das Salz bis zu einem vom Käufer bestimmten Grenzort zu expedieren. Der Transport auf den Eisenbahnen kostet 92 Bani je Tonnenkilometer.

Vom litauischen Holzmarkt wird uns aus Kaunas (Kowno) berichtet: Die schon während der ganzen letzten drei Jahre herrschende ungünstige Situation zeigt auch jetzt noch keine wesentliche Besserung. Es ist ein Zeichen für die ziemlich gedrückte Lage auf dem litauischen Holzmarkt, daß litauische Holzexporteure in letzter Zeit Konsignationssendungen nach England schicken. Englands Interesse für litauisches Holz ist infolge der hohen Preise in Litauen gering. Der Absatz in Deutschland ist trotz seines bedeutenden Bedarfes nur gering, und die dort erzielten Preise sind so niedrig, daß sie unrentabel sind. Ebenso verhält es sich mit der Ausfuhr nach Holland. Die angebotenen Preise pro Basting (36 bis 37 holl. Gulden je Kubikmeter franko holländischer Grenze) erschweren die Kalkulation, und es kommt nur in vereinzelten Fällen zu Abschlüssen. Der Absatz im Inland ist infolge der außerordentlichen Geldknappheit minimal; es wird nur das Notwendigste gekauft. Schnittmaterial wird ebensowenig gekauft, denn auf dem Baumarkt herrscht vollständige Stille. Angesichts dieser Verhältnisse wurde, wie uns noch von anderer Seite gemeldet wird, auf einer kürzlich nach Kowno einberufenen Konferenz, an der außer Vertretern der Holzbranche auch solche des Handelsministeriums der staatlichen Forstverwaltung und der Eisenbahnverwaltung teilnahmen, beschlossen, die Regierung auf das Dringendste zu ersuchen, die hohen Zoll- und Eisenbahntarifsätze, namentlich für Schnittware, möglichst bald herabzusetzen. Wie in dieser Konferenz ausgeführt wurde, machen die Transportkosten für einen Waggon Holz gegenwärtig etwa 60 Prozent des Warenwertes aus, so daß die litauische Holzindustrie auf den Auslandsmärkten fast vollständig konkurrenzunfähig geworden ist. (Die kürzlich erfolgte Freigabe des Memelstromes für den Holztransitverkehr dürfte allerdings bald eine wesentliche Besserung der Lage herbeiführen. Die Red.) Ein Vertreter des Forstdepartements meinte, Litauen, das nur noch über ziemlich geringe eigene Forstbestände verfügt, dürfte hiervon jedenfalls nicht mehr exportieren, als im Lande selbst verbraucht werde.

Konkurse.

E. Eröffnungstag. **K.** Konkursverwalter. **A.** Anmeldefrist. **G.** Gläubigerversammlung.

Jarotschin. Jan Studnicki. E. 19. 2. 1926. K. Kaufmann M. Rosemann in Jarotschin. A. 1. 4. 1926. G. 29. 4.

Kr..cienko. Ester Lustig. E. 23. 1. 1926. K. Gerichtsvorsitzender Dankiewicz. G. 13. 4. 1926.

Posen. Firma Firus. E. 23. 2. 1926. K. Leon Żychliński, ul. Przemysłowa 33. A. 31. 3. 1926. G. 10. 4.

Thorn. Georg Dietrich. E. 22. 2. 1926. K. Jan Turka, Thorn, ul. Mostowa 18. A. 31. 3. 1926. K. 14. 4.

Bromberg. Handel Drzewa Opałowego „Carbon“. Anstelle des entlassenen Konkursverwalters Kazimierz Kaczmarek in Bromberg, ul. Św. Trójcy 10, gewählt.

Bromberg. A. Lamprecht. Anstelle des früheren Konkursverwalters wird Kaufmann Kazimierz Kaczmarek gewählt. Ein neuer Termin wird auf den 15. März festgesetzt.

Bromberg. „C. B. Express“. Neuer Termin am 13. 3. 1926.

Graudenz. Oskar Berger. Neuer Termin am 17. 3. 1926.

Tarnowskie Góry. Franciszek Gonski. Das Konkursverfahren ist eingestellt.

Töchterheim Szczerbięcin (Scherpingen), poczta Rukocin, pow. Tczew, nimmt zum 1. April **gebildete, junge Mädchen zur Einführung in den ländlichen Haushalt auf.**
Anmeldungen an die Vorsteherin dortselbst.



Zum Verkauf:
Original P. S. G. Gelbsternhafer,
Original P. S. G. Blücher-Saatkartoffeln
(anerkannt von der Izba Roln., Poznań).
Letztere für leichtesten Boden, bei hohem Stärkegehalt.
Dom. Gnuszyn, Post Nojewo, Bahnstation Kikowo.

Maschinengussbruch und Alteisen
kauft laufend in vollen Waggonladungen
zu den höchsten Tagespreisen
BYDGOSKI HANDEL ŻELAZA
właśc.: Max Seelig.
Bydgoszcz, ul. Długa 36. Tel. 12-77.

Wenn Sie sich für
Radio
interessieren, wenden Sie sich
um Auskunft an die
Landw. Zentral-Genossenschaft
Spółdz. z ogr. odp. — Poznań.

Fr. Dehne, Halberstadt
Original Hack- u. Drillmaschinen
Original Ersatzteile
liefert
Dipl.-Ing. Paul Geschke
Telephon 345 Inowrocław Dworcowa 45.

Achtung, Grundbesitzer, Gelegenheit!
Als Selbstausführer, daher ohne Unternehmerkosten führen wir **wirklich billig** und **bei günstigen Zahlungsbedingungen** aus sämtliche Neu- und Renovierungsarbeiten in allen Stuck- und Bildhauerarbeiten sowie Kunstmarmor.
Die vereinigten Stuckateure und Bildhauer, Poznań.
Stręk, Poznań, ul. Niegolewskich 20.

Deutscher, der Auflassung erh., **sucht** ein 800—1200 Mrg. gr.
Gut zu kaufen.
Gute Lage, guter Boden Bedingung. Anzahlung 12 000 bis 15 000 Dollar effektiv, bezw. Gegenwert in Złoty. Weitere Zahlungen nach 6—12 Monaten. Gefl. Offerten mit Preisforderung unter H. P. 616 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Suche Beteiligung
mit 10—20 000 zł an reell. Firma bei absoluter Sicherstellung. Offerten unter 563 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



gepreßt und lose (bei Stellung eigener Presse) kaufe gegen sofortige Kasse zur Lieferung bis Juli.
St. Ruta, Jarocin, Getreidehandlung, Tel. 89.

M. Mindykowski
Erstes Spezial-Haus der Branche
Poznań — 33 Ulica Zydowska 33 — Telephon 14-86
Grosser
Gardinen-Verkauf
zu extra billigen Preisen.

Halbvorhänge (Stores)

Erbstüll mit Volant	10⁵⁰
Erbstüll mit Spitzen	13⁵⁰
Englisch-Tüll	10⁵⁰
Englisch-Tüll m. Spitzen	19⁵⁰
Etamine mit Spitzen	20—

Bettdecken (zweibettig)

Erbstüll mit Volant	28—
Erbstüll mit Mittelstück	39—
Etamine m. Spitz.-Einsatz	45—

Tüll-Querbehänge
Erbs-englisch Tüll Mtr. 1⁶⁵

Sonder-Angebot!
Eisfelldivandecken
verschied. Farben 92₀₀

Aussergewöhnlich günstiges Angebot in

Tischdecken Gobelin v.	11⁵⁰ an
Divandecken Mokett v.	55⁰⁰ an
Mohair-Divandecken v.	82⁰⁰ an

Möbelstoffe

Gobelins ca. 130 cm Mtr.	4⁷⁰
Möbelrips ca. 130 cm „	5⁵⁰
Möbelstoff-Halbseide „	13⁵⁰

Künstler-Gardinen (2 Flügel, 1 Kopfbehang)

Etamine mit Einsätzen	25—
Etamine mit Einsätzen aparte Ausführung	35—
Erbstüll mit Volant	35—
Alover-net	32—
Madras-hell	9⁵⁰
Madras-dunkel mit Gold und Seide durchwirkt	49⁵⁰

Muster-Garnituren und Halbvorhänge
zur Hälfte des regulären Preises.



Ein neuer Transport
FOURNIERE
und zw. Eiche, Pappel, Kiefer, Esche, Buche, Mahagoni, Nußbaum u. Ahorn eingegangen. Verkauf zu sehr günstigen Preisen. Die Abgabe erfolgt auf Wunsch auch in kleineren Posten.
LLOYD BYDGOSKI
dawniej: **Bromberger Schleppschiffahrt Tow. Akc.**
Bydgoszcz, Grodzka 28/29. Telephon: Nr. 471, 472, 259.

Drukarnia Concordia Sp. Akc.
Abteilung: Maschinen-Reparatur
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.
Ausführung von Maschinenreparaturen
Feinmechanik
Schweisserei — Dreherei
Mechanische Messerschleiferei
für Messer jeder Länge, für Pappscheren, Blechscheren und Messer von Hobelmaschinen usw.
Instandsetzung von Druckerei-Maschinen, Schnellpressen und Falzmaschinen u. s. w.
unter fachmännischer Leitung eines Ingenieurs.

Dom. Chraplewo, Post Wąsowo, Kreis Nowy Tomyśl,
hat zur Saat abzugeben:
Kameckes Original Karz
„ „ **Gloriosa**
„ „ **Gratiola**
„ „ **Rubia**
„ „ **Goldball**

Kartoffel-Pflanzlochmaschinen 2-, 3- und 4reihig, **Drillmaschinen, Pflüge, Eggen, Kultivatoren,** habe ich unter günstigen Bedingungen abzugeben.
G. Scherfke, Maschinenfabrik
Poznań, ul. Dąbrowskiego 93.

1 Lastauto,
drei Torfmaschinen, Pflugmotor und ein Dynamo zu haben, eventl. auch Tausch gegen landw. Maschinen. Näheres bei **Hoffmann, Św. Marcin 66 (Laden).**

Zuchtgeflügel
abzugeben: Mam.-Bronzeputhähne und -hennen à 20 zł, Rouen-Erpel à 8 und 10 zł.
Dom. Kokorzyn, b. Kościan.

Herrenmoden nach Maß.
Empfehle mich der hochverehrten Kundschaft für **sämtliche Arbeiten** in der Herren-Maß-schneiderei. **Garantiert tadellosen Sitz.** Billige Preise. Reelle Bedienung
L. Stachowski,
Poznań, Wielkie Garbary 81.

Hausverwaltungen
in **Berlin** übernehme und führe korr. aus. Offerten unter **607** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Uebernehme **Anfuhr** sämtlicher Brenn- und Baumaterialien sowie Gemüllabfuhr zu den billigsten Preisen.
Winiszewski,
Poznań, ul. Śniadeckich 3.

Zur bevorstehenden
Saatzeit
offeriert:
Gemüse- u. Blumen-Sämereien in nur 1. Qualitätsware.
Futterrüben Eckendorfer und andere Sorten
Futtermöhren gelbe weiße und rote
Grassaaten für Garten und Feld.
Bruno Hoffmann,
Samenhandlung.
Gniezno, ul. Chrobrego 35.


Grauem Haar
gibt ursprüngliche Farbe wieder **Juventine Fl. 3 zł.**
St. Wenzlik, Poznań, 19. Aleje Marcinkowskiego 19.

M. Feist, Goldschmiedemeister und gerichtl. vereid. Sachverst.
POZNAŃ, ul. 27. Grudnia 5,
empfiehlt
Trauringe in jedem Feingehalt **Brillant Ringe** schon v. 45 zł an.
Neuanfertigungen sowie Reparaturen aller Art bei streng reeller und billigster Berechnung.

Größtes Lager von Reserveteilen in Polen.

Drillmaschinen „Polonia“
System Saxonia, die beste Universal-Drillmaschine für kleinere und grösste Besitzungen.
Pflüge,
ein-, zwei- und mehrscharige,
Kultivatoren .·. Schleppen
Eggen,
Feld-, Wiesen- und Saat-Eggen,
Pflanzlochmaschinen,
2-, 3- und 4-reihig,
Düngerstreumaschinen,
Hackmaschinen
für Rüben und Getreide,
sowie alle anderen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte.
Związkowa Centrala Maszyn
T. A.
Poznań, ul. Wjazdowa 9.

Telegr.-Adresse: „Cemata-Poznań“. — Telephon: 22-80, 22-89.

Zu verkaufen:
60 Johannisbeersträucher
60 Stachelbeersträucher.
Posener Diakonissenhaus,
Poznań, ul. Grunwaldzka 49.

Geschichten aus aller Welt.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten!)

Schadenersatz für 16 Jahre Irrenhaus.

v. K. Budapest. Der Bibliothekar der Universität Dr. Bargassy galt als einer der wertvollsten Bibliographen Ungarns, und es erregte allgemeines Mitleid, als der Gelehrte vor nunmehr 16 Jahren in das staatliche Irrenhaus gebracht werden mußte; man sprach von einer durch Überarbeitung hervorgerufenen vorübergehenden Geistesstörung. Er wurde auch damals schon nach einer Behandlung von wenigen Monaten wieder entlassen, um zwei Jahre später abermals eingesperrt zu werden. Vor vierzehn Tagen ist er endgültig entlassen worden.

Nun hat der alte Herr eine phantastische Eingabe an den Obersten Gerichtshof gemacht, in der er für die in der Anstalt verbrachten Jahre einen Schadenersatz von 500 Millionen Kronen fordert, und zwar von dem damaligen Staatssekretär des Kultusministeriums und dem Leiter der städtischen Gesundheitsfürsorge, die ihn seinerzeit angeblich für geisteskrank erklären ließen, um ihn beseitigen zu können.

Und Dr. B. hat tatsächlich die 16 Jahre als völlig Gesunder im Irrenhaus gesessen! Sein unmittelbarer Vorgesetzter, Professor S., wollte ihn, weil er ihm unbequem war, loswerden. Er brauchte einen stichhaltigen Grund und fand ihn mit Hilfe zweier gewissenloser Ärzte, die den Bibliothekar für geistesgestört erklärten. Die Folge dieses Gutachtens war zuerst eine Ehrenaffäre zwischen B. und den beiden Ärzten, er ließ sich von einem Dutzend Fachkapazitäten untersuchen und wurde absolut gesund befunden. Im Hintergrunde der ganzen Geschichte stand eine unschöne Weibergeschichte: die Gattin des Vielgeprüften unterhielt ein Liebesverhältnis mit dem Professor S., den sie auch heiraten wollte. Der Bibliothekar aber wollte nicht in die Scheidung einwilligen. Als der gehetzte Mann nun auch mit dem Professor abrechnen wollte, kam es zu einer wüsten Schlägerei, die dem Professor neuen Anlaß zu einer Untersuchung seines Untergebenen war.

Und diesmal gelang der Anschlag: Dr. B. kam in die Anstalt, wurde zu den Tobsüchtigen gesperrt und erduldete Unerhörtes. Nach seiner Entlassung versuchte ihn der Peiniger unter Kuratel stellen zu lassen. Dieser Antrag aber kam nicht durch, so daß sich der Kultusminister veranlaßt fühlte, Dr. B. zu rehabilitieren und ihm seine Stellung wiederzugeben. Professor S. bekam Angst und griff zu den unglaublichsten Mitteln. Mit Hilfe eines Schwagers, eben jenes jetzt verklagten Staatssekretärs, und eines Vetters, des erwähnten Leiters der Gesundheitsfürsorge, wurde der Bibliothekar nochmals vorgeladen, mit Gewalt untersucht und — weil er sich gegen die sehr eigenartige Untersuchungsmethode natürlich wehrte — an Händen und Füßen gefesselt endgültig ins Irrenhaus eingeliefert.

Als nun vor zwei Jahren der bisherige Direktor des Irrenhauses starb, wurde sein Nachfolger ein Jugendfreund des jahrelang Internierten. Nach gründlichster Untersuchung stellte der neue Direktor fest, daß Dr. B. geistig vollkommen gesund wäre. Körperlich gebrochen, gab er doch den Kampf gegen seine überlegenen Feinde nicht auf. Der Hauptgauner, Prof. S., hat sich am Tage nach der Freilassung des Dr. B. aus Angst vor den Folgen seiner Schurkerei erschossen, seine Frau, die frühere Gattin des Anklägers, die natürlich von dem ins Irrenhaus Gesperrten geschieden worden war, weilt schon seit Jahren nicht mehr unter den Lebenden.

Der Gerichtshof hat der Eingabe des Dr. Bargassy voll und ganz stattgegeben, und man sieht dem Verfahren, bei dem auch der im Ausland bekannte ungarische Politiker, der damalige Kultusminister Graf Apponyi, als Zeuge vorgeladen ist, mit größtem Interesse entgegen.

Die Maffia von Oklahama.

u. Neuyork. Den Überbleibseln der aussterbenden Indianerstämme wurden von der amerikanischen Regierung bekanntlich Gebietsreservate zugewiesen, in denen sie ihr Leben nach alter Sitte weiterführen durften. Nun ist kürzlich ein Skandal entdeckt worden, der beweist, daß die Rothäute nicht einmal in diesen Schongebieten vor den Raubzügen der „zivilisierten" Weißen verschont blieben.

Die Osage-Indianer erhielten im Staate Oklahama Wohnsitze angewiesen. Gerade dort wurden riesige Ölquellen entdeckt, die der Staat nun vierteljährlich an den Meistbietenden versteigert, um den indianischen Inhabern als Gewinnanteil ein Sechstel des Reingewinns zuzuführen. Dieser Gewinn beträgt für den ganzen Stamm etwa 20 000 Dollars täglich; sie erhält der Stammeshäuptling, der sie dann weiter verteilt. Bis jetzt hat der Stamm aus den Ölquellen über 100 Millionen Dollar Gewinn gezogen. Es ist verständlich, daß die Osage-Indianer zur Finanzaristokratie Amerikas gehören. Der Wohlstand zeigte sich in den teuersten Autos, in den neuesten Pariser Moden — kurz, in allen Segnungen der Zivilisation.

Es ist nur natürlich, daß die reichen roten Erbinnen von weißen Bewerbern umschwärmt wurden, und seit Entdeckung des Öls haben 400 Indianerinnen weiße Männer geheiratet, so daß die Zahl der Vollblutrothäute in diesem Stamm nur noch 600 beträgt. Jetzt wurde ein Gesetz gemacht, nach welchem weiße Männer ihre roten Frauen nicht mehr beerben dürfen. Dies Gesetz sollte die naiven Indianerinnen vor Heiratsschwindlern schützen, und es bedeutet für die soeben entlarvte Gaunerbande einen tödlichen Schlag.

Es hatte nämlich eine regelrecht organisierte Maffia im Laufe der vergangenen vier Jahre etwa 20 reiche Osage-Indianer ermordet, die alle beerbt wurden von Molly, der Frau Ernst Burkhardts, der der Neffe des Hauptorganisators der ganzen Bande ist. Frau Molly Burkhardt beerbte im Laufe der vier Jahre alle so plötzlich gestorbenen Verwandten, so daß sie jetzt eine Jahresrente von 135 000 Dollars bezieht. Jetzt sollte Frau Molly selbst daran glauben, damit ihr Gatte sie beerben konnte, und damit ihr Vermögen unter der ganzen Bande verteilt wurde. Ein anonymer Brief hat sie im letzten Augenblick gewarnt. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß die 40 eigenartigen Todesfälle tatsächlich auf Vergiftungen durch die Bande zurückzuführen sind. Die Haupttäter sind schon hinter Schloß und Riegel, und das inzwischen erlassene Gesetz der Nichterbberechtigung des weißen Mannes tut sein übriges . . .

Das Offizierspatent des Ungeborenen.

Nach dem Muster alter Länder und Reiche läßt sich ganz einfach auch wohl ein junger Staat auf die Beine stellen. Man kann ein Parlament einberufen, Präsidenten und Minister bestellen, man kann ein Heer auf die Beine stellen und sogar ein Offizierkorps. Beispiel: die Tschechoslowakei. Was man aber nicht kann, das ist die Aufstellung einer Rangordnung im Offizierkorps nach dem Muster wohlgegründeter alter Staaten. Beispiel: Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Armee hat manchen Offizier, der im k. u. k. Heere treu gedient hat, aber es wäre doch Selbstverrat, wenn man diese Offizierspatente auch im funkelnagelneuen Reiche der Tschechoslowaken gelten ließe. So hat die tschechoslowakische Armee als Generalstabschef den 38 Jahre alten General Syrovy, einstmals einfacher Freiwilliger in Iglau. Da ein Generalstabschef natürlich kein Dienstalter haben darf, das mit dem Jahre 1918 oder 19 beginnt, so ist das Offizierspatent des Generals Syrovy vordatiert worden, und zwar bis tief in die Zeit vor seiner eigenen Geburt. Man erzählt, daß der Fall eines Offizierspatents schon aus dem ersten Lebensjahr in der Tschechei nichts Seltenes sei, aber das Offizierspatent vor der Geburt ist auch dort ein Kuriosum.

Da mag es interessant sein, von einem Offizier zu hören, dem es erheblich schlechter in einem solch jungen Staate ging. Das ist der Admiral der finnischen Flotte von Schoultz. Er muß, wie alle seine Offiziere, nach dem Willen der finnischen Regierung jetzt nach kurzer Schonfrist ein Examen in der finnischen Sprache ablegen. Der bewährte Flottenchef, der Begründer und Organisator der finnischen Marine, kann und kann dies Examen nicht bestehen. Und die finnische Regierung ist nicht so weitherzig wie seinerzeit die preußische, die Blüchers „Ortografi" wohlwollend übersah, sie will den Admiral von Schoultz seines Amtes entheben, trotzdem darob große Aufregung an allen Küsten des baltischen Meeres herrscht.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 6. März.

Die Jagd im März.

Von Edmund Scharein.

(Nachdruck untersagt.)

Motto: „Wenn Reminiszere sich naht,
Dann muß man lauschen früh und spaht,
Ob schon die Schnepfe brütet."

Bei günstigem Wetter kann der Lenzing zu einem in jagdlicher Beziehung sehr lebhaften Monat werden, während er bei ungünstiger Witterung die Fortsetzung der jagdlichen toten Zeit, die mit der zweiten Hälfte des Januar ihren Anfang nahm, bedeutet. Aber der bisherige Verlauf dieses Winters dürfte selbst kundigen Wetterpropheten ihre Aufgabe, eine Wettervorhersage, die sich auf die Witterung des Frühlingsmonats zu erstrecken hätte, sehr erschweren. Denn in einem Jahre, in dem die Quecksilbersäule des Thermometers in dem Maße steigt und fällt, wie diesmal, in dem auf heftigen Frost plötzlich ohne jeden Übergang — über Nacht gleichsam — 6 Grad Wärme und mehr folgen, macht wohl jede Wettervorhersage illusorisch.

Hoffen wir, daß uns nach den warmen Tagen, die uns der Februar bereits freigebig bescherte, welche die ersten Lerchen so froh stimmten, daß sie jubelnd von den schlammüberzogenen Ackerschollen zum blauen Himmel emporstiegen, nicht noch Eis und Schnee in großer Menge beschieden ist. Wenn der März dem guten Beispiel, das ihm der Februar gab, folgt, dann steht zu erwarten, daß der Weidmann herrliche Märzfreuden genießen kann. Zu den schönsten Vorfrühlingsfreuden gehört der Schnepfenstrich. Den Vogel mit dem langen Gesicht in der Dämmerung im einsamen Walde, dessen Schweigen vom ersten Frühlingsraunen gebrochen wird, zu beobachten, übt einen schier unüberwindlichen Reiz auf die empfindsame Weidmannsseele aus.

Die wesentlichsten, jedem Jäger bekannten und als Anhaltspunkte dienenden Schnepfentage fallen diesmal fast ganz in den Monat März. Reminiszere, in diesem Jahre schon am 28. Februar, gab den Auftakt. Und wenn sich die Witterung weiter so entwickelt, dann wird der Schnepfenjäger trotz des — nach dem Kalender frühen Zeitpunktes des diesjährigen Reminiszere-Sonntags, gut tun, die oben angegebene Mahnung, „früh und spat zu lauschen", zu beachten. Und Okuli, Lätare und Judika könnten Tage reinster Freude werden. Aber wir wollen nicht zuviel erhoffen; das Wetter hat das letzte Wort zu sprechen; das Wetter, das sich in diesem Jahre so „wetterwendisch" gezeigt hat. Hoffentlich wird unseren Frühlingsboten ein nicht gar zu böser Empfang bereitet. Es kann nur dringend geraten werden, den Abschuß aufs äußerste zu beschränken. Im Herbst, wenn die Alten mit ihrer Nachzucht die Brutgebiete verlassen, dann wird sich der Segen, den die Schonung des Vogels dem Weidmann bringt, zeigen. Dann kann er beim Abschuß in gewissen Revieren auf seine Kosten kommen. Immer mehr sollte sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß der Schnepfe im Frühjahr volle Schonung gebührt.

Die ersten Märztage werden auch die Rückkehr der Wildtauben bringen, sofern sie nicht schon Ende Februar zurückgekehrt sein sollten.

Bei günstiger Witterung tritt ein begehrtes Flugwild, der Birkhahn, oft schon in der ersten Hälfte des Monats in die Balz. Auch für Auer- und Haselwild bringt dieser Monat den Beginn der Balz. Da die Bestände überall gering sind, so kann nur dringend geraten werden, den Abschuß auch dieser herrlichen Wildsorten aufs äußerste zu beschränken.

Der 1. März brachte den gesetzlichen Beginn der Schonzeit für Enten. Jetzt gilt es, den brütenden Muttervögeln Störungen fernzuhalten. Eierräuber sind die gefährlichsten Störenfriede, welche die besten Entenjagden zugrunde richten können.

Da die Übergangszeit für unser Wild nicht ohne Gefahren ist, wird der Heger in vielen Fällen die Fütterung noch im Auge behalten müssen, zumal dann, wenn ein plötzlicher Witterungsumschwung das Wild in Not bringt. Rasches Zugreifen ist dann oft am Platze. Auch sonst hat der Heger in diesem Monat mancherlei zu beachten. Scharfe Wachsamkeit muß er ausüben; denn schon setzen die Hasen, und die Paarungszeit der Rebhühner ist da. Das ist nicht nur für Reineke eine gute Zeit, sondern mehr noch für Raubzeug, das jeder wackere Jäger und Heger von seinem Revier möglichst fernzuhalten bestrebt sein muß; das ist die Zeit für einen gefährlichen Feind der Niederjagd, die graue Krähe; das ist aber auch die Zeit reicher Beute für wildernde Hunde und Katzen. Und auch Iltis und Wiesel richten gerade unter den Junghasen oftmals beträchtlichen Schaden an.

Der März, der den Vorfrühling bringt, in dem sich das erste Regen nach toter eisiger Erstarrung in der Natur zeigt, ist für jeden Jäger einer der schönsten Monate. Frühlingsboten sind die lauen Winde, Frühlingsboten haben wir in dem Gesang der ersten heimgekehrten Zugvögel und im Liebeswerben des Federwildes!

Aus den Konzertsälen.

Sinfonischer Psalm „König David". — II. Sinfoniekonzert im „Teatr Wielki". — Mira Zielińska-Łabendzińska.

Arthur Honegger (1892 in Havre geboren und alemannischer Abstammung) ist das Haupt einer kleinen Gruppe exzentrischer französischer Komponisten, die das Heil der Tonkunst in der Züchtung bis ins Groteske gesteigerter Klangdissonanzen gefunden zu haben glauben. Klare Linienführung der Themen und deren kontrapunktischer Ausbau auf wagerechter Basis haben für diese Kunstjakobiner den Wert von Altmetall. Auf die Aesthetik des instrumentalen Ausdrucks pfeifen sie, das normale Tonempfinden vivisezieren sie geradezu. Die Zahl der Anhänger dieser revoltierenden Tonkünstler ist ähnlich wie diejenige der malenden Futuristen und Kubisten eine bescheidene, das Gros ihrer Zeitgenossen bedankt sich für derartigen musikalischen Unrat krassester Zusammensetzung. Am 28. Februar wurde mittags in der Universitätsaula eines dieser Monstrositäten Honeggerscher Erfindung auf die Posener Menschheit erbarmungslos losgelassen. „Sinfonischer Psalm" wird harmlos-bieder das Werk bezeichnet, atonale Kakophonie wäre das gebührende Kennwort. Von irgend einer geistigen Erbauung konnte keine Rede sein, Kopfschmerzen und Benommensein werden sich bei den Leidtragenden, den Zuhörern, als bittere Beigabe eingestellt haben. Ausführende waren: der „Polnische Gesangverein" (ein gemischter Chor), das „Posener philharmonische Orchester", St. Szymanowska (Sopran), A. Lenczewska (Alt) und M. Perkowicz (Tenor). Am Dirigentenpult stand Herr St. Wiechowicz. Soll es als angebracht gelten, auch solche Kompositionen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bei denen schwere Grenzverletzungen des Bereichs verdaulicher musikalischer Kost klar erweislich sind, so hat sich in diesem Fall Herr Wiechowicz ein Verdienst erworben. An der Hand dieses sogenannten symphonischen Psalms „König David" war zu erkennen, welchen Grad tonkünstlerischer Entartung die um Honegger erreicht haben. Ein aus drei Etagen bestehendes Sammelbecken schlimmster Klangkontraste und exaltierter Modulationen überkleckste einen alttestamentlichen Stoff in einer Weise, die fast an Verulkung streifte. Ein „Beschwörung der Hexe von Endor" überschriebener Teil mutete an, wie ein musikalischer Fastnachtsscherz. Es gab nur einige wenige kümmerliche Oasen in diesem wüsten Chaos von Tonverbindungen. Ich nenne den „Festgesang", wo der Frauenchor der führenden Sopranstimme rhythmisch charakteristisch sekundiert, ansprechende Steigerungen in dem „Tanz vor der Bundeslade", das Tenorsolo „Ich hebe meine Augen auf zum Berge", und den Schlußchor, wo Honegger endlich, reichlich spät, der Musik einen ordnungsgemäßen, choralartigen Anstrich zubilligt. Alle Mitwirkenden opferten sich redlich für eine zum mindesten zweifelhafte Sache. Anerkennenswert war es, daß der Chor sich von den Lawinen technischer Schwierigkeiten — die Willkür in den Akkordfolgen und Modulationen — nicht verschütten ließ. Im übrigen hätte er ebenso wie das Orchester ruhig detonieren können, in diesem Strudel von Mißklängen wäre es niemandem aufgefallen. Die Solopartien waren gut besetzt, Herr Wiechowicz glich einem Sturmbeschwörer, der bemüht war, einem Ichthyosauraus von Partitur, so weit es möglich war, Milderungen aufzudrücken. Das Bedürfnis nach Musik Honeggscher Richtung dürfte für die nächste Zeit durch die Bekanntschaft mit dem „König David" überreichlich gedeckt sein.

Der Russe Alexander Skrjabin (1872—1915) gehört auch nicht zu jenen Komponisten der Neuzeit, die zwecks Erreichung ihrer Absichten mit dem Orchester sanft umgehen. Die instrumentale Dialektik in seinen Sinfonien macht einen erzwungen-originellen Eindruck, es werden Klangeffekte geschweißt, die ihre künstlich gesuchte Eigenschaft als orchestrale Knallpfropfen nicht verleugnen können. Der Komponist will durch furiose Klangentwicklungen, die terrassenförmig gebaut sind, blenden, er spekuliert auf die für bombastische Äußerlichkeiten sehr empfängliche Mehrheit der Zuhörerschaft. Im Gegensatz zu Honegger bleibt es aber immerhin noch Musik, die durch kühne (nicht tollkühne), mitunter sogar geistvolle Motive gespeist wird. Das Programm des II. Sinfoniekonzerts im „Teatr Wielki" brachte als Schlußnummer Skrjabins C-dur-Sinfonie („Le divin poème" = Göttliches Gedicht), in der die soeben erwähnten musikalischen Charaktermerkmale des russischen Tonkünstlers gleichfalls einen nicht unbedeutenden Niederschlag bilden. Um mittels Klängen ein „göttliches Gedicht" wirklich zu schaffen, dazu war die tonpoetische Natur des leider zu früh verstorbenen Meisters nicht feinnervig genug; mit einer „Göttlichen Komödie" in Danteschem Sinne hätte die Realistik seiner Tonsprache wahrscheinlich nähere und folgerichtigere Beziehungen angeknüpft. Herr Direktor Stermicz zeigte sich der anspruchsvollen Instrumentation gegenüber im allgemeinen gewachsen. Wenn er auch manchmal für das Skrjabinsche Geschützfeuer, zumal in den Momenten, wo die beiden Flanken und das Zentrum gemeinsame Arbeit verrichteten, ein zu offenes Herz parat hielt, so muß ich doch sagen, daß meistenteils eine Überladenheit der musikalischen Szenerie vermieden bzw. abgeschwächt wurde. So waren u. a. die dynamischen Ausgleiche zwischen den Streichern und Bläsern außerordentlich geschickt durchgeführt, was mit Rücksicht auf die schwache Zahl der ersteren nicht immer eine Kleinigkeit war. Die Themen hoben sich prall, namentlich wenn sie diagonale Richtungen einschlugen, von der klingenden Umschicht ab. Mit Mozarts Jupiter-Sinfonie wurde das Konzert vielversprechend eingeleitet. Das Gegenteil von tonkünstlerischer Schwerkost, in Musik umgesetzter Lebensgenuß. Dementsprechend stellte sich der Taktstock des Dirigenten ein. In leichten Wellenlinien, denen nur gelegentlich kleine pathetische Erhebungen aufgesetzt wurden, wickelten sich die vier Kapitel des Werkes, bestrahlt von der Heiterkeit olympischer Wonnen, tonprächtig und doch in voller Ungezwungenheit ab. Herr Stermicz legte besonderen Wert auf eine jeder Geziertheit abholden natürlichen Deklamation. Das war kein Hindernisgrund, daß der fugenartige Schlußsatz nichts von seiner Großartigkeit einbüßte. Die Verbindung zwischen Mozart und Skrjabin vermittelte die Musik zum 5. Akt eines Dramas von T. Miciński: „Fürst Potemkin", komponiert von K. Szymanowski. Ein in düsteren Farben gehaltenes Umkreisen eines Leitgedankens, Lyrik mit Trauerflor. Gerade keine glücklich konstruierte Überleitung. Das Theater war fast ausverkauft, ein Beweis für das nicht erlahmende Interesse, welches die Posener Bewohner derartigen Veranstaltungen entgegenbringen.

Den Gesang von Frau Mira Zielińska-Łabendzińska umweht ein hoheitsvoller Zug, der selbst im zartesten Piano seine Anwesenheit nicht verbirgt. Es war schlechthin auserlesene Kunst ohne Wenn und Aber, welche unsere einheimische Künstlerin, einst als „Königliche Sängerin" Mitglied der Berliner Hofoper, in ihrem Liederabend am 3. März im Vereinshaussaal spendete. Wer Schuberts „Du bist die Ruh" derart tonpoetisch tief empfindend mitzuteilen versteht, wer desselben Meisters „Forelle" mit einem derart ungewöhnlichen Adel des Ausdrucks musikalisch zeichnen kann, wie es in diesem Konzert geschah, der kann ohne Bedenken Anspruch darauf erheben, einer Sonderklasse geläuterten Kunsttums beigezählt zu werden. Daran ändert auch nichts der vermutliche Umstand, daß unsere mit musikalischen Darstellungsmitteln ungemein reich ausgestattete Sängerin, eine treue Hüterin von vielen Gesangssternen erster Größe hochgehaltener Traditionen — auf rein künstlerischem Gebiet natürlich — davon absehen wird, dramatische Aufgaben größeren Umfanges zu übernehmen. Wie glänzend sie der Vergangenheit entsprechend ausfallen würden, das bewiesen zwei in Hochkultur des Koloraturgesanges getauchte Arien aus Mozarts „Figaros Hochzeit" und „Zauberflöte". Zwei Eigenschaften sind es, die den Gesang der Dame zu einer Quelle ungetrübter Freude machen. Einmal ist ihre Intonation und das allmähliche Verklingenlassen abschließender Noten von seltener Reinheit und verleiht daher ihrem Ton jene Weichheit und jenen eigentümlichen Reiz, der die Fantasie sofort gefangen nimmt. Rein musikalischer Natur ist auch der andere wesentliche Vorzug ihres Gesanges: die sichere, klar gegliederte Rhythmik und die Art ihrer Phrasierung. Das große Publikum wird dies meist nicht als wichtig empfinden, aber um so mehr ergötzt sich der Fachmann und jeder feinfühlige Hörer. Rechne ich noch eine universelle Herrschaft über die Atemführung und deren rationelle Behandlung hinzu, so bekommt man ein ungefähres Bild von den zahlreichen künstlerischen Tugenden, die sich Frau Zielińska-Łabendzińska ungeschmälert zu erhalten wußte. Lieder von Schumann, Brahms und R. Strauß (dessen „Serenade" wäre noch steigerungsfähiger gewesen), sowie der abschließende „Frühlingsstimmenwalzer" von J. Strauß erweiterten die Kette der Hochgenüsse. Die Künstlerin wurde stürmisch gefeiert und mußte immer wieder den Dank des enthusiasmierten Auditoriums entgegennehmen. Herr W. Raczkowski begleitete korrekt, hielt sich aber im Hintergrund, was nicht immer vorteilhaft war. Er hätte mit der pianistischen Untermalung ruhig etwas sichtbarer werden können.

Alfred Loake.

Frühlingsboten sind auch die ersten Knospen und die ersten aus der erwachenden Erde quellenden Veilchen. Und noch vieles, vieles andere, was sich dem trunkenen Auge des Weidmanns zu dieser Zeit offenbart, zeigt ihm den deutlichen Fortschritt, den die Natur jetzt unaufhaltsam macht, den Sieg des Lebens über den Tod. Über all den Herrlichkeiten darf er die Hege nicht außer acht lassen, denn gerade zu dieser Zeit ist unser Wild mancherlei Gefahren ausgesetzt.

Die Verordnung über Preisregelung für Getreide, Fleisch, Kleidung und Schuhwerk.

Am 24. Februar ist, wie schon gestern kurz mitgeteilt, eine Verordnung des Ministerrats vom 10. Februar über die Regulierung der Preise für die Produkte aus Brotgetreide, Fleisch und seine Verarbeitungen, sowie Kleidung und Schuhwerk durch Festsetzung der Preise ins Leben getreten. (Dz. U. R. P. 18/26, Pos. 101).

Auf Grund dieser Verordnung können die Verwaltungen der städtischen (eventl. auch der ländlichen) Gemeinden nach Anhörung der Meinung der aus Vertretern von Landwirtschaft, Industrie und Handel einerseits, sowie der Verbraucher andererseits bestehenden Preisuntersuchungskommission die Preise für Mehl, Backwaren, Fleisch, Speck, Schmalz und Wurst, sowie für Kleidung und Schuhwerk mit Ausnahme der unmittelbar auf Bestellung gefertigten Kleidungsstücke und Schuhwaren festsetzen, und zwar nach Maßgabe der Erzeugungs- und wirtschaftlich berechtigten Umsatzkosten, sofern das zwecks Verhinderung einer Preiserhöhung erforderlich ist. Die Preisuntersuchungskommission muß über die Höhe der Preise wenigstens in Anwesenheit zweier Kommissionsmitglieder, je eines von der Gruppe der Produzenten (Kaufleute) und der Konsumenten abstimmen. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt, wobei die Kommission Sachverständige hinzuziehen kann. Die bekanntgegebenen Preise verpflichten von dem auf die Veröffentlichung folgenden Tage ab und müssen sichtbar angebracht sein. Wer höhere Preise, als die festgesetzten, verlangt oder annimmt, kann durch die Verwaltungsbehörden mit Haft bis zu 6 Wochen und Geldstrafe bis zu 10 000 zł oder einer dieser beiden Strafen belegt werden, auch können die Gegenstände, betreffs der die strafbare Handlung begangen ist, beschlagnahmt werden. Die Verwaltungsbehörden haben vor Erlaß der Strafverfügungen in jedem Falle die Meinung der Kommission zur Untersuchung der Preise einzuholen.

Die Wäsche- und Handweberei-Ausstellung.

Die am 27. Februar im Evangelischen Vereinshause gezeigte kleine Ausstellung, die nur Schülerinnenarbeiten aus dem letzten Wäschenähkursus des Hilfsvereins deutscher Frauen, geleitet von Frl. Stoehr, und von dieser selbst angefertigte Handwebereien enthielt, hatte wieder einen reichen Besuch zu verzeichnen. Wenn die Veranstaltung auch nur im kleinen Maßstabe gehalten war, so brachte sie doch so viel Schönes und Gediegenes, daß jeder Besucher wohl vielseitige Anregung mit nach Hause nahm.

Von Wäsche war alles da, vom einfachen, praktischen Hemd, auch Herrenhemd, bis zur zarten Batistwäsche, und alles in sauberster, geschmackvoller Ausführung. Besonders fielen die schönen Verzierungen der Wäschegegenstände, die meistens aus Handarbeiten bestanden, auf, wobei sich wieder besonders die feinen, kunstvollen Hohlsäume, Durchbrüche und Tüllverzierungen hervorhoben. Sehr großes Interesse fanden auch die von Haus Stoehr ausgestellten Handwebereien, hauptsächlich handgewebte Stoffe und Besatzborten, die sich durch schöne künstlerische Farben- und Musterstellungen auszeichneten. Diese Stoffe sind in ihren leuchtenden Farben so recht etwas für die Jugend, aber auch mattere, ruhigere Muster machen sie zum Gebrauchsstoff für jedes Alter. Auch für Vorhänge, Kissen, Decken sind sie gut zu verwenden, da sie licht-, luft- und waschecht und in der Qualität einfach unverwüstlich sind und die Preise jedem die Anschaffung gestatten. Interessenten können jederzeit Muster und Proben im Bureau des Hilfsvereins, Wały Leszczyńskiego 2, Zimmer 1, besichtigen, auch werden dort Bestellungen angenommen.

Die Ausstellung, die von Frl. Stoehr aufgebaut war, erfreute auch durch ihre schöne, übersichtliche Anordnung, so daß alles gut zur Geltung kam. Die große Beachtung und die allgemeine Wertschätzung, welche die Veranstaltung gefunden, waren ein wohlverdienter Erfolg.

X Tanzverbot für die Fastenzeit. Der Wojewode von Posen hat eine gestern von uns im Anzeigenteile polnisch mitgeteilte Polizeiverordnung erlassen, nach der vom Aschermittwoch bis einschließlich Karsonnabend die Veranstaltung von Tänzen oder Tanzvergnügungen in öffentlichen Lokalen, d. i. in Restaurants, Hotels, Kaffees, Kabaretts und Dancings, in allen Städten, Ortschaften und Dörfern auf dem ganzen Gebiete der Wojewodschaft Posen verboten ist. Uebertreter dieser Verordnung werden bis zu 60 zł Geldstrafe oder entsprechender Haft verurteilt.

X Neuer Hundetollwutfall in Posen. Wie das Städtische Polizeiamt uns mitzuteilen bittet, ist dieser Tage ein neuer Tollwutfall bei einem Hunde des Herrn Witkowski in der ulica Strumykowa 20 (fr. Bachstraße) festgestellt worden. Der Hund ist mit einem zweiten Hund, der mit dem ersten in Berührung gekommen war, getötet worden. Im Zusammenhang damit wird an die Bestimmungen über die Hundesperre in der Stadt Posen noch einmal warnend erinnert.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonntag,	den 7. 3.	Gemischter Chor Posen: nachm. 5 Uhr: Gemütliches Beisammensein (Kaffeekränzchen).
Montag,	den 8. 3.	Ev. Verein junger Männer: Abends 8 Uhr: Proben.
Mittwoch,	den 10. 3.	Gemischter Chor Posen: Abends ½8 Uhr: Generalversammlung.
„	den 10. 3.	Ev. Verein junger Männer: Abends 7 Uhr: Proben, Abends 8½ Uhr: Bibelbesprechung.
Donnerstag,	den 11. 3.	Ev. Verein junger Männer: Posaunenchor.
Freitag,	den 12. 3.	Verein Deutscher Sänger: Uebungsstunde.
Sonnabend,	den 13. 3.	Ev. Verein junger Männer: Generalprobe zum Stiftungsfest.
Sonntag,	den 14. 3.	Ev. Verein junger Männer: **Stiftungsfest.**

Klavierkonzert N. Padlewska. Mittwoch, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr findet im Saale des Evangelischen Vereinshauses findet in dieser Saison der einzige Klavierabend der hervorragenden Klaviervirtuosin N. Padlewska statt. Die Künstlerin bringt unter anderem zum Vortrag Werke von: Brahms, Händel (Variationen und Fuge B-dur), Glazunow (Sonate B-moll), D'Albert, Paderewski, Różycki, Schumann u. a. Kartenverkauf bei Herrn Szrejbrowski, ul. Fredry, am Tage des Konzerts an der Abendkasse.

*** Bromberg, 5. März.** Zu dem bereits kurz gemeldeten Raubmord an dem Sekretär St. Leitgeber berichtet die „Deutsche Rundsch." folgende Einzelheiten: St. Leitgeber wurde gestern mittag 12 Uhr in seiner Wohnung, Wilhelmstr. (Jagiellońska) Nr. 29, von seiner Wirtin aufgefunden. Die Wirtin hatte noch eine halbe Stunde vorher mit ihrem Mieter gesprochen. Der schwerverletzte erst 23jährige Leitgeber konnte keine Aussagen mehr machen. Der Hieb des unbekannten Mörders hatte ihn zu gut getroffen, und er verstarb kurze Zeit darauf. Wie der herbeigeholte Arzt, Dr. Kubczak, feststellte, hatte Leitgeber einen Betrag von 15 000 zł bei sich, der ihm vermutlich gestohlen wurde. Von dem Täter fehlt jede Spur.

*** Tremessen, 4. März.** Dem „Kuj. Boten" wird von hier gemeldet: Am 17. v. Mts. stürzte hier an einem Hause an der ul. Bóżniczna die Giebelwand ein, einen Teil des Daches mit sich reißend. Zum Glück sind Opfer an Menschenleben nicht zu verzeichnen, da der Einsturz in Abwesenheit der Hauseinwohner erfolgte. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich auch an der ul. Kosciuszki. Hier befindet sich ein Haus, das bereits vor zwei Jahren einzustürzen drohte, weshalb die Bewohner mit Rücksicht auf die ihnen drohende Gefahr veranlaßt wurden, auszuziehen. Es wurde daraufhin beschlossen, das Haus abzutragen. Aus bisher unbekannten Gründen wurde jedoch nur der obere Teil des Hauses abgetragen, die vier Außenwände jedoch ihrem weiteren Schicksal überlassen. Nach geraumer Zeit wurde wieder zur Abtragung geschritten, jedoch auch diesmal die Arbeit nicht vollständig beendet, vielmehr die eine Wand noch weiterhin stehen gelassen, obgleich sie jeden Moment einzustürzen drohte. Dieser Fall ist nun in den letzten Tagen auch tatsächlich eingetreten, zum Glück gleichfalls ohne Opfer an Menschenleben.

*** Weißenhöhe, 5. März.** Hier fand am 28. v. Mts. die Wahl der Gemeindevertreter statt. Am Morgen des Wahltages prangten, wie der „Deutsch. Rundsch." berichtet wird, an den Häusern der deutschen Einwohner polnische Anschriften. Trotzdem ließ sich der größte Teil der deutschen Wähler von seiner Wahlpf[illegible]agen, so daß **sechs deutsche Vertreter** in den Gemeinderat **gewählt** wurden.

Wettervoraussage für Sonntag, 7. März.

= **Berlin, 6. März.** Wärmer, stark bewölkt. Regenfälle.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

E. G. Sie haben den Bericht über die Stadtverordnetensitzung vom 24. v. Mts. mißverstanden. Damals ist nicht der Beschluß gefaßt worden, auf Auszahlung einer Arbeitslosenunterstützung von je 30 zł an Arbeitslose, die keine anderweitige Unterstützung erhalten, sondern eine derartige Unterstützung ist in der von der Versammlung angeregten Entschließung nur angeregt worden.

K. 100. Wir bedauern, Ihnen die Anschrift nicht angeben zu können, da sie uns nicht bekannt ist.

J. in O. Uns ist noch kein in dieser Sache ergangenes Urteil bekannt geworden, da wohl jedesmal eine Einigung in Güte erfolgt ist. Unseres Erachtens und nach eingehender Kenntnis der Sachlage hat ein von Ihnen angestrengter Prozeß Aussicht auf Erfolg. Vielleicht fordern Sie die Bank nochmals zur Erteilung der Löschungsgenehmigung auf.

R. S. G. 30. Auch die ins Reichsschuldbuch eingetragenen Kriegsanleihen müssen zur Aufwertung angemeldet werden.

H. W. 2100. Es handelt sich um Restkaufgeld, dessen Wert 2583 Złoty beträgt. Dieses ist mit 60 Prozent aufzuwerten. Hier gilt die polnische Aufwertungsverordnung, der sich auch der in Deutschland wohnende Gläubiger zu fügen hat. An Zinsen sind die verabredeten zu zahlen, ebenfalls mit 60 Prozent aufzuwerten und dem Kapital zuzuschreiben. Die bare Zinszahlung nach neuem, zwischen den beiden Parteien festzusetzenden Zinsfuß hatte bei ländlichen Hypotheken am 1. Juli 1924, bei städtischen Hypotheken am 1. Januar 1925 zu beginnen.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Sonntag, 7. März.

Berlin, 505 Meter. Mittags 11.30—12.50 Unterhaltungsmusik. Abends 8 Uhr Sendespiele: „Fatinitza", Operette in drei Teilen von F. von Suppé. Abends 10.30—12 Tanzmusik.

Königswusterhausen, 1300 Meter. Mittags 11.30—12.50 Übertragung aus Berlin. Abends 8—12 Übertragung aus Berlin.

Leipzig, 452 Meter. Morgens 8.30—9 Orgelkonzert aus der Universitätskirche. Abends 8.15 Operetten- und Schlagerabend.

Wien, 530 Meter. Abends 8 Uhr „Margarete" („Faust") von Gounod.

Stockholm, 428 Meter. Mittags 12.30 Sinfoniekonzert aus Malmö.

Rundfunkprogramm für Montag, 8. März.

Berlin, 505 Meter. Abends 8.30—10 Kammermusik.

Breslau, 418 Meter. Abends 8.20 Volkstümlicher Vortragsabend Hans Muehlhofer. Abends 9.30 „Dagobert, wo warst du?" Operettenschwank.

Dortmund, 283 Meter. Abends 9.45 „Aus dem kleinen Rosengarten", ein Liederspiel im Volkston von Hermann Loens.

Hamburg, 392,5 Meter. Abends 8 Uhr Orgelkonzert.

Zürich, 515 Meter. Abends 8.15 Sinfoniekonzert.

Spenden für die Altershilfe.

Ungenannt Podrzewie	10.—	Złoty
Dr. E. W.	5.—	„
J. in O.	5.—	„
Vortrag aus Nr. 48	1551 35	„
	1571.35	Złoty

Lodzer Kinderhilfe.

Frauenverein Rogożno	50.—	Złoty
Ungenannt, Strzałkowo	10.—	„
„ Gonice	10.—	„
Vortrag aus Nr. 48	273 .80	„
	280 .80	Złoty

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Die heutige Belastung der Erzeugungskosten.

Von Professor Dr. Hermann Levy, Berlin.

Dem soeben bei B. G. Teubner, Leipzig, erschienenen Werke „Der Weltmarkt 1913 und heute"*) von Professor Dr. Levy von der Technischen Hochschule zu Berlin, das Ursachen und Tragweite der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis untersucht, entnehmen wir folgende Ausführungen:

Zu den sich aus der Teuerung ergebenden Produktionskostensteigerungen treten heute noch solche, die ihre Ursache in den besonderen Verhältnissen der Nachkriegszeit haben und daher als neu hinzukommende „Belastungen" aufzufassen sind.

Dahin gehört zunächst die Belastung aller Volkswirtschaften und ihrer Produktivität durch die erhöhten Steuern, welche zum Teil auf die Ausgleichung von Kriegsschäden und Kriegsschulden, zum Teil auf die erhöhten Ausgaben der Sozialpolitik zurückzuführen sind. An dieser Belastung sind „Sieger"-Länder ebenso beteiligt wie Besiegte. Es ist eine bekannte historische Erscheinung, daß gewonnene Kriege einer stärkeren Berücksichtigung der sozialen Wünsche der Massen entgegenkommen. Die Massen, welche sich zur „Erringung des Sieges" bereitgefunden haben, verlangen als Gegengabe eine stärkere stattliche Fürsorge und pflegen sie zu erhalten. Allein 70 Millionen Pfund Sterling, also 1400 Millionen Goldmark wurden für die Jahre 1923/24 von dem englischen Ministry of Pensions an Kriegspensionen und Unterstützungen gefordert. Die neuen Arbeitslosenversicherungsgesetze (1920—1923) belasten den englischen Staat mit 3⅝—6¾ Pence pro Arbeitslosen in der Woche, während über die gewaltige Steigerung derselben seit 1913 (heute zirka 1 300 000) bereits von uns berichtet wurde. Im Budget Großbritaniens figurierte im Budgetjahre vor dem Kriege auf der Ausgabenseite der Voranschlag mit 199 011 000 Pfund Sterling, im Jahre 1924 dagegen mit nicht weniger als 829 759 000, und dabei war diese Ziffer bereits ein wesentlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren. Dieses Mehr mußte in erster Linie durch Einkommensteuererhöhung gedeckt werden. Die Einnahmen aus dieser und ihr verwandter Steuern betrugen im Jahre 1913/14 (Budgetjahr) 47 241 000 Pfund Sterling, dagegen im Jahre 1923/24 333 180 000 Pfund Sterling, während die Einnahmen aus indirekten Steuern sich keineswegs in diesem Tempo erhöhten. Nach allem, was wir bereits über die Lage der englischen Wirtschaft und insbesondere des englischen Handels und der Industrie sagen konnten, ist diese Mehreinnahme nicht etwa aus einer entsprechenden Steigerung des Reineinkommens erzielt worden, sondern lediglich durch ein stärkeres Anziehen der Steuerschraube. Es ist angesichts dieser Belastung der Industrie durchaus nicht verwunderlich, wenn alle englischen Industrieverbände — voran der Spitzenverband, die Federation of British Industries — eine Herabsetzung der Besteuerung als grundlegendes Erfordernis der Ermäßigung der Erzeugungskosten bezeichnen.

In den „besiegten" Ländern kommt zu dem Erfordernis einer erhöhten Besteuerung noch der Nachteil, daß die Art der Besteuerung eine häufig höchst unvollkommene und dadurch die Produktionskosten besonders belastende ist. Es sei nur an die Umsatzbesteuerung im Deutschen Reiche erinnert, die die einzelnen Waren von ihrem ersten Erzeugungsstadium bis zum letzten Konsumenten häufig mit 6.8 und 10% belastet. Das durch die Reparationsverschuldung der deutschen Finanzpolitik aufgezwungene Bestreben, „das Geld zu nehmen, wo es nur zu nehmen ist", führt leider zu einer Vernachlässigung aller bisherigen Regeln der Steuerkunst, in erster Linie zum Nachteil der produzierenden Kreise. Einige Beispiele für die steuerliche Mehrbelastung der Industrieerzeugnisse im Vergleich zur Vorkriegszeit seien gegeben: Im Ruhrkohlenbergbau liegt heute auf der Tonne Kohle eine Steuer von 7% des Erzeugerpreises, gegenüber 1.8% der Vorkriegszeit. In der Eisen- und Stahlindustrie betrug vor dem Kriege die Steuerbelastung je Tonne Rohstahl 2.10 Goldmark, heute ist sie auf 10—11 Goldmark gestiegen. Die Gesamtsteuerlast dieser Industrie wird auf das neunfache der Vorkriegszeit geschätzt, bei erheblich verringertem Umsatz. Für die deutsche Textilindustrie liegt das Ergebnis einer sorgfältigen und umfangreichen Erhebung für 12 Betriebe der Spinnereibranche vor, wonach im ersten Halbjahr 1924 bei 100 kg Kammgarn die Steuerlast das 16fache der Vorkriegszeit betrug. Was nun die stärkere Sozialbelastung der deutschen Wirtschaft angeht, so sei, ohne die Einzelheiten hier näher auszuführen, darauf hingewiesen, daß nach einer Veröffentlichung amtlicher Art die gesamte Soziallast der deutschen Wirtschaft in der Gegenwart mit 1610 Milliarden Goldmark im Jahre beziffert wird. Dies bedeutet rund 500 Mill. Goldmark mehr als im Jahre 1913. Andere private Schätzungen geben die Ziffern noch höher an. So berechnet sie Dr. Tänzler mit 1.9 Milliarden Goldmark, was eine Steigerung von zirka 70% gegenüber der Friedenszeit bedeuten würde, während nach den amtlichen Ziffern eine solche von 61% in Frage käme.

*) Das Buch gewährt klaren Einblick in die verwickelte wirtschaftliche Weltlage in Europa und Übersee und bietet ein Bild von dem Konkurrenzkampf der wichtigsten Industrieländer auf dem Weltmarkt.

Handelsnachrichten.

Der polnische Einfuhrzoll für Apfelsinen und Mandarinen, die aus Ländern stammen, mit denen Polen Handelsverträge besitzt mit einer Meistbegünstigungsklausel in Zollfragen bzw. mit einer partiellen Meistbegünstigungsklausel, die sich auf Apfelsinen und Mandarinen bezieht, wird durch Gesetz vom 27. Februar d. J. (Dziennik Ustaw Nr. 20) auf 48 Złoty je 100 kg Bruttogewicht herabgesetzt. Dieses Gesetz ist mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft getreten, wobei die Zolldifferenz in Höhe von 72 Złoty je 100 kg Bruttogewicht für Apfelsinen und Mandarinen, die nach dem 22. Januar d. J. nach Polen eingeführt wurden, zurückerstattet wird. Das Gesetz tritt am 23. Januar 1927 außer Kraft. Die Marktpreise für diese Früchte (die z. B. in Kattowitz in den letzten Februartagen 60—70 Groschen je Stück betrugen), dürften nunmehr eine bedeutende Senkung erfahren.

Der Eisenbahntransitverkehr durch Polen war, wie bekannt, kürzlich Gegenstand einer internationalen Eisenbahnkonferenz, die im Warschauer Eisenbahnministerium unter Beteiligung von Delegierten Österreichs, Deutschlands, Italiens, der Tschechoslowakei und Sowjetrußlands stattgefunden hat. Hinsichtlich des Personenverkehrs zwischen den genannten Staaten im Transit durch Polen wurde beschlossen, die Leitung des neu geschaffenen direkten Verkehrs der Moskauer Eisenbahnverwaltung zu übertragen, ferner drei besondere Tarife auszuarbeiten, und zwar: für den russisch-deutschen, den russisch-tschechoslowakischen und den russisch-österreichisch-italienischen Verkehr. Die Tarifsätze sollen in amerikanischen Dollars berechnet und entweder effektiv in Dollars oder in der Valuta des jeweiligen Landes zum Tageskurs bezahlt werden. In gleicher Weise werden auch die gegenseitigen Verrechnungen zwischen den einzelnen Eisenbahnverwaltungen erfolgen. Die Fahrscheine werden in Heftform in den Sprachen des Abfahrts- und Ankunftslandes, die Zwischenkoupons in der Sprache des Landes, auf welches sie sich erstrecken, ausgefertigt und haben für 30 Tage vom Datum der Ausstellung an Gültigkeit. Für die nähere Bearbeitung wurde znm 4. März die Einberufung eines Beamtenkommission nach Prag beschlossen. Auch über die Frage des Warenverkehrs zwischen Sowjetrußland und Deutschland durch Polen sind in Warschau Verhandlungen aufgenommen worden.

Die Waggonfabrik der Königs- und Laurahütte, deren Schließung wegen völligen Mangels an Aufträgen bereits vor längeres Zeit angekündigt wurde, hat ihre Belegschaft jetzt bis auf 20 Personen abgebaut. Auf nochmalige dringende Vorstellungen beim Warschauer Eisenbahnministerium sind zwar kürzlich wieder Versprechungen gemacht worden, daß größere Reparaturaufträge erteilt und vielleicht auch einige neue Waggons bestellt werden würden, doch ist die Hoffnung auf Erfüllung dieses Verspsechens angesichts der traurigen Finanzlage des Staates so gering, daß wahrscheinlich in den nächsten Tagen auch noch die letzte Partie der Arbeiter zur Entlassung kommen dürfte.

Türkisches Naphthamonopol. Die türk. Regierung hat, wie die „A. W." meldet, der amerikanischen „Standard Oil"-Gruppe die Naphthakonzession übergeben. Diese Konzession betrifft alle Naphthagruben in der Türkei und die Versorgung des Staates mit Naphtha durch obengenannte Gruppe.

Neue rumänische Zölle. Die Regierung Rumäniens hat die neuen Ausfuhrzollvorschriften herausgegeben, die jetzt verschiedentlich bis zu 50% erhöht, zeitweilig jedoch auch erniedrigt. Die Zölle betragen für 1—10-T.-Waggon: Weizen 15 000 (bisher 30 000) Lei, Gerste 10 000, Raps 15 000, Roggen 10 000, Kleie 2000 und Weizenmehl 15 000 Lei.

Die „A. W." berichtet, daß die bekannte Zementfabrik „Firley" ihren Betrieb eingestellt hat. Die Arbeiter wurden außer 200 Personen, die mit dem Reinigen der Maschinen beschäftigt sind, entlassen.

Märkte.

Getreide. Warschau, 5. März. Für 100 kg fr. Verladestation (fr. Warschau). Kongr.-Roggen 687 gl 117 f hol 20½, Roggenkleie (15), Umsätze gering, Weizen Orientierungspreis 38 bis 40.

Kattowitz, 5. März. Weizen 38½—39½, Roggen 21 bis 22½, Hafer 21—22½, Gerste 23—26½, fr. Empfangsstation. Leinkuchen 41—42, Rapskuchen 27½—28½, W.-Kleie 18—19, R.-Kleie 16¼—17¼, Tendenz ruhig. Auszugsmehl 42 Groschen, W.-Mehl 37, 65proz. R.-Mehl 20, 70proz. R.-Mehl 21 Groschen für ein Pfund. Tendenz ruhig.

Danzig, 5. März. Die Notierungen für Getreide und Mehl sind unverändert geblieben.

Breslau, 5. März. Weizen 23.70, Roggen 14, Hafer 14.40, Braugerste 15.50, mittlere Wintergerste 14, Winterraps 32, Leinsaat 30, blauer Mohn 114, Weizenmehl 35, R.-Mehl 23, Auszugsmehl 40½.

Berlin, 6. März. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 249—253, pommerscher —.—. März 262.00, Mai 264.00—263.00. Roggen: märk. 148—162, pommer. 146—150, März 163.00, Mai 176—175, Gerste: Sommergerste 162—186, Futter- und Wintergerste 136—150, Hafer: märk 159—169, westpr. —.—, März —.—. Mai 176½. Mais: loko Berlin —.—. Weizenmehl: fr. Berl. 32¼—35¾, Roggenmehl: fr. Berlin 21¼—23¼. Weizenkleie: fr. Berl. 10, Roggenkleie: fr. Berl. 8.90—9, Raps: —.—, Leinsaat: —.—, Viktoriaerbsen: 26.00—32.00, Kleine Speiseerbsen: 23.00—25.00, Futtererbsen: 20.00—22.00, Peluschken: 20—21½, Ackerbohnen: 20.00—21.00, Wicken: 22.00—25.00, Lupinen: blau 11½—12½, Lupinen: gelb 13.75—14.50, Seradella: neue 26.00—29.00, Rapskuchen: 14.00—14.50, Leinkuchen: 18.80—19.00 Trockenschnitzel: 8.20—8.50. Soyaschrot: 18.60 bis 18.90, Torfmelasse: 30/70 —.—, Kartoffelflocken: 14.00—14.25. Tendenz für Weizen: behauptet, Roggen: fest, Gerste: ruhig, Hafer: fester.

Chikago, 4. März. Weizen Hardwinter Nr. II loko 163, Mai alt 157¼, neu 158¾, Juli 141⅞, September neu 134¾, mixed Nr. II 163¾, Roggen II loko 84¼, Mai 89, Juli 89⅝, September 89, Mais gelber Nr. III loko 70½—73, weißer Nr. IV loko 65, gemischter Nr. II loko 74, Mai 79⅛, Juli 82, September 84, Hafer weißer Nr. II loko 40¾, Mai 40, Juli 40¾, September 41⅝, Malting-Gerste loko 56—71. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Futtermittel. Warschau, 5. März. Für 100 kg fr. Lager. Hafer 27 zł, W.-Kleie I 20½, R.-Kleie 18.15, vorjähriges Heu 8, gutes Heu 14½, Stroh 9½, Haferstroh (Orientierungspreis) 10—11.

Vieh und Fleisch. Danzig, 5. März. Amtliche Notierungen für 50 kg Lebendgewicht in Danziger Gulden. Ochsen gemästet von allerhöchstem Schlachtwert 37—40, vollfleischige jüngere und ältere 33—35, mittel gemästete 20—26, gemästete Bullen von allerhöchstem Schlachtwert 36—38, vollfl. jüngere und ältere 28—32, mittel gemästete 18—22, Kühe und Färsen gemästet hochvollwertig 37—40, vollfl. 27—32, mittel gemästete Kühe 16—22, Jungvieh und Fresser 20—25, gemästete Kälber hoch vollwertig 60—65, gut gemästete 45—50, gute Säuger 20—25, fleischige Schafe und Hammel 20—25, mittel gemästete 12—16, Mastschweine über 100 kg Lebendgewicht 60—62, vollfl. über 100 kg 56—58, vollfl. von 75 bis 100 kg 54—56. Marktverlauf: Für Rinder und Schafe Nachfrage geschwächt, Kälber schwach, Schweine lebhaft.

Metalle. Sosnowiec, 5. März. Die Firma Guttman in Będzin notiert: Eisen 28 zł, Eisenbalken 29, Eisenbleche bis 5 mm 42, von 5 mm 38 zł, Grundpreis für 100 kg Drahtbaunägel 7.60 zł pro Kiste.

Berlin, 5. März. Amtliche Notierungen in deutscher Mark für 1 kg. Orig. Hüttenrohzink (Verbandspreis) 132½, Raff.-Kupfer 99—99.3% 1.20—1.21, Standard 1.18½—1.19½, Orig. Hüttenrohzink im fr. Verkehr 0.71—0.72, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgüte 0.65½—0.66½, Orig. Hüttenaluminium 98—99% 2.35—2.40, dasselbe in Barren gew. und gez. 2.40—2.45—2.50, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.75—1.80, Silber mind. 0.900 f in Barren 90.50—91.50 Mk., für 1 kg Gold im fr. Verkehr 2.805—2.825 Mk. für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 14.10—14.30 Mk. für 1 Gramm.

Baumwolle. Bremen, 4. März. Amtl. Notierungen in amerik. Cts. für ein engl. Pfund (453 Gramm). Amerik. Baumwolle loko 20.74, März 18.74, Mai 18.85, Juli 18.71—18.70, September 18.53 bis 18.45, Oktober 18.40—18.32, Dezember 18.11—18.09, Januar (1927) 18.11—18.05. Tendenz ruhig.

Berliner Viehmarkt vom 6. März 1926.

Amtlicher Bericht. Die Preise verstehen sich in Reichspfennigen für 1 Pfund Lebendgewicht einschl. Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.

Auftrieb: 2747 Rinder, —.— Bullen, 848 Ochsen, —.— Kühe, 1289 Färsen, 2400 Kälber, 6145 Schafe, 6552 Schweine, 23 Ziegen, —.— ausländische Schweine, —.— Ferkel.

Rinder: A Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete Ochsen von höchstem Schlachtwert, nicht angespannt 50—53, b) vollfleischige, ausgemästete Ochsen von 4 bis 7 Jahren 44—48, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 39—43, d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere 33—36, B. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene, von höchstem Schlachtwert 47—50, b) vollfleischige jüngere 42—46, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 38—40. C. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene Färsen von höchstem Schlachtgewicht 46—50, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe, von höchstem Schlachtgewicht bis 7 Jahre 39—44, c) ältere, ausgemästete Kühe und weniger gute jüngere Kühe und Färsen 30—36, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 24—28, e) schlecht genährte Kühe und Färsen 20—22. D. Schlecht genährtes Jungvieh (Fresser) 33—40.

Kälber: a) bestes Mastvieh (Doppellender) —.—, b) beste, gemästete Kälber 70—78, c) mittelmäßig gemästete Kälber und Säuger bester Sorte 60—68, d) weniger gemästete Kälber und gute Säuger 45—50, e) minderwertige Säuger 36—42.

Schafe: A) Stallschafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 50—55, b) ältere Masthammel, mäßige Mastlämmer und gut genährte, junge Schafe 40—48, c) mäßig genährte Hammel und Schafe 30—38. B. Weideschafe: a) Mastlämmer —.—, b) minderwertige Lämmer und Schafe —.—.

Schweine: a) gemästete von mehr als 150 kg Lebendgewicht —, b) vollfleischige von 120 bis 150 kg Lebendgewicht 83—84, c) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 80—83, d) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht 78—79, e) fleischige von mehr als 80 kg 74—79, f) Sauen und späte Kastrate —.—.

Marktverlauf: bei Rindern und Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen und Schweinen glatt; schwere fette Schweine gesucht.

Posener Börse.

	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
4 Pos. Pfdbr. alt	30.00	29.50	C. Hartwig I.-VII.	—	—
		30.00	Hartw. Kant. I.-II.	2.00	—
4 Poz. list. zast. neu	—	—	Hurtown. Skór I.-IV.	—	—
6 listy zbożowe	5.30	5.00	Herzf.-Vikt. I.-III.	—	—
		5.10	Juno I.-III.	—	—
8 dolar. listy	3.10	3.15	Lubań I.-IV.	—	—
	3.20	3.10	Dr. R. May I.-V.	—	17.50
5 Poż. konwers.	—	0.34			18.00
			Mł. i Tart. Wągr. I.-II.	—	—
10 Poż. kolejowa	—	—	Młyn Pozn. I-IV.	—	—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	1.90	1.90	Młyn Ziem. I.-II.	—	0.90
Bk. Przemysł. I.-II.	—	—			0.85
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Płótno I.-III.	0.07	—
Bk. Ziemian I.-V.	—	—	Pneumatyk I.-IV.	—	—
Arkona I.-V.	—	0.60	Sp. Drzewna I.-VII.	—	0.20
Barcikowski I.-VII	—	—	Sp. Stolarska I.-III.	—	—
Brow. Krotosz. I.-V	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II.	—	—
Brzeski-Auto I.-III.	—	—	Tri I.-III.	—	—
Cegielski I.-IX.	—	—	Unja I.-III.	3.20	3.20
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	—	Wag.. Ostrowo I.-IV.	—	—
Centr. Skór I.-V.	—	—	Wisła, Bydg. I.-III.	—	—
Dębieńko I.-V.	—	—	Wytw. Chem. I.-VI.	—	0.30
Goplana I.-III.	—	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—	0.90

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.)	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
Amsterdam	306.00	—	Paris	27.70	28.55
Berlin*)	181.96	182.02	Prag	22.60	22.59
London	37.08	37.10	Wien	107.50	107.47½
Neuyork	7.63	7.63	Zürich	146.95	146.95

*) über London errechnet.

Effekten:	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
6% P. P. Konwers.	—	100	Lilpop I.—IV.	0.64	0.62
5% "	35.75	35.50	Modrzejow. I.—VII.	2.40	2.30
6% Poż. Dolar	66.50	66.50	Ostrowieckie I.-VII.	5.10	5.15
10% Poż. Kolej. S. I.	124	125	Starachow. I.—VIII	1.13	1.15
Bank Dysk. I.—VII	5.25	5.15	Zieleniewski I.-V.	9.75	9.50
B. Handl. W. XI.-XII.	1.75	1.75	Żyrardów	8.50	8.50
B. Zachodni I.-VI.	0.85	0.85	Borkowski I.-VIII.	0.45	0.44
Chodorów I.-VII.	—	4.00	Haberbusch i Sch.	4.95	4.95
W. T. F. Cukru	2.30	2.30	Majewski	—	—
Kop. Węgli I.-III.	2.60	2.60	Bank Polski	62.50	61.50
Nobel II.—V.	1.30	1.30			

Tendenz: nicht einheitlich, im allgemeinen fester.

Danziger Börse.

Devisen:	6. 3. Geld	5. 3. Geld		6. 3. Geld	6. 3. Brief	5. 3. Geld	5. 3. Brief
London	25.205	25.20	Berlin	123.465	123.755	123.495	123.755
Neuyork	5.1865	5.1852	Warschau	67.32	67.48	67.54	67.71
Noten:							
London	—	—	Berlin	123.485	123.795	—	—
Neuyork	—	—	Polen	67.54	67.71	67.92	68.08

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	6. 3.	5. 3.	Devisen (Geldk.)	6. 3.	5. 3.
London	20.378	20.379	Kopenhagen	108.76	108.76
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	89.53	89.43
Rio de Janeiro	0.613	0.612	Paris	15.16	15.60
Amsterdam	168.21	168.11	Prag	12.416	12.416
Brüssel	19.05	19.055	Schweiz	80.74	80.74
Danzig	80.85	80.85	Bulgarien	3.035	3.045
Helsingfors	10.555	10.555	Stockholm	112.43	112.41
Italien	16.84	16.81	Budapest	5.875	5.875
Jugoslawien	7.392	7.392	Wien	59.13	59.12

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
Harp. Bgb.	*106½	*104½	Görl. Wagg.	20½	20⅜
Kattw. Bgb.	11	11	Rheinmet.	—	20
Laurahütte	33¼	—	Kahlbaum	100	—
Obschl. Eisenb.	* —	* 47⅜	Schulth. Patzenh	138½	139¼
Obschl. Ind.	* —	* —	Dtsch. Petr.	72	71
Dtsch. Kali	112¼	114⅝	Hapag	—	*138⅝
Farbenindustrie	127	127¼	Dtsch. Bk.	*128	*128
A. E. G.	* 94½	* 92¼	Disc. Com.	*120¾	*120¾

Tendenz: befestigt.

Ostdevisen. Berlin, 6. März, 1³⁰ nachm. Auszahlung Warschau 54.36—54.64, Große Polen 54.22—54.78, Kleine Polen 53.73—54.27.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 6. März, mittags 11³⁰ Uhr. (R.) Nach vorbörslicher Abschwächung eröffnete die Börse befestigt, weil man annimmt, daß trotz der französischen Kabinettskrisis die Völkerbundstagung stattfindet. Die erste amtliche Kursfeststellung ergab meist nur unbedeutende oder unregelmäßige Veränderungen gegen gestern. Ludwig Loewe 3¼ Prozent höher. Deutsche Anleihen behauptet.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 6. März, 11³⁰ Uhr vormittags für 1 Dollar 7.58—7.61 zł, 1 engl. Pfund 37.01 zł, 100 schweizer Franken 146.58 zł, 100 franz. Franken 28.48 zł, 100 deutsche Reichsmark 181.10 zł, 100 Danz. Gulden 146.86 zł.

1 Gramm Feingold für den 6. März 1926 wurde auf 5.0711 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 52 vom 5. 3. 1926.) (1 Goldzłoty gleich 1.4723 Złoty).

Der Złoty am 5. März 1926. Danzig: Noten 67.92—68.08, Überw. 67.54—67.71, **Berlin:** Noten 54.22—54.78, Überw. 54.46 bis 54.74, 54.36—54.64, **Neuyork:** Überw. 13, **London:** Überw. 36½, **Tschernowitz:** Überw. 30, **Bukarest:** Überw. 30½, **Wien:** Noten 91.30—92.30, Überw. 91.85—92.35, **Prag:** Noten 440—444, Überw. 452—458, **Budapest:** Noten 9000—9400.

Dollarparitäten am 6. März in Warschau 7.63 zł. Danzig 7.72 zł, Berlin 7.71 zł.

Die Rechte einer polnischen Devisenbank sind der Warszawski Bank dla Handlu Zagranicznego (Warschauer Bank für Außenhandel) vom Finanzminister entzogen worden.

Die Verordnung über die Rückerstattung polnischer Einfuhrzölle für Chemikalien und Farben beim Export von Textilerzeugnissen ist laut „Dziennik Ustaw" Nr. 18 mit Wirkung vom 24. Februar in Kraft gesetzt worden.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 6. März 1926.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	36.50—38.50	Viktoriaerbsen	38.00—42.00
Roggen	19.25—20.25	Hafer	20.50—21.50
Weizenmehl (65% inkl. Säcke)	57.50—60.50	Blaue Lupinen	14.50—16.50
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	30.75—31.75	Gelbe Lupinen	17.50—19.50
Roggenmehl (65% inkl. Säcke)	32.25—33.25	Weizenkleie	15.50—16.50
Gerste	19.00—20.00	Roggenkleie	13.50—14.50
Braugerste prima	21.00—23.00	Kartoffelflocken	13.00—14.00
Felderbsen	29.00—30.00	Getr. Rübenschnitzel	10.00—11.00
		Seradella	19.50—22.50
		Fabrikkartoffeln	2.30

Tendenz: ruhig.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat März 1926

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....